

# JUNGDEMOKRATEN

Materialien

zur

Grundsatzdiskussion

(oder: watt wollen  
die eigentlich?)



Deutsche Jungdemokraten

## Vorwort zur ersten Auflage

### SIND WIR EIN DISKUTIERENDER VERBAND?

Mit eng bedrucktem Grundsatzpapier haben wir uns als bürgerlicher Verband immer schwer getan. Das letzte Grundsatzprogramm, das "Leverkusener Manifest" von 1971 sollen unbestätigten aber hartnäckigen Gerüchten zufolge weniger als ein halbes Dutzend Leute verfaßt und keine 50 gelesen haben. Aber das hatten bestimmt unsere übelwollenden Gegner in die Welt gesetzt.

Inzwischen hat sich alles geändert. Es gibt seit einiger Zeit einen Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm und es gibt 10 Thesen zu Grundsatzpositionen. Aber bis heute konnte der Verband derartiges nicht beschließen, weil wir uns auf diese Inhalte (bisher noch?) nicht einigen konnten. Da wir derartiges nicht mehr für die "Weltpresse" schreiben, können wir uns dafür auch Zeit lassen, solange wir uns um diese Diskussion nicht drumrum drücken.

Damit letzteres nicht passiert, gibts diese Broschüre für unsere eigenen Mitglieder/innen (hä, der Setzer), aber auch für Interessent/inn/en, die Lust haben sich an unserem lauten Nachdenken zu beteiligen.

Bonn, Januar 1986

Martin Böttger, Bundesgeschäftsführer

## Vorwort zur zweiten Auflage

### ENDE IN SICHT?

Einige Zeit ist in der Zwischenzeit ins Land gegangen. So manches - Du wirst es beim Lesen sicherlich feststellen - ist inzwischen schon wieder überholt. Wir haben in unserer bisherigen Diskussion festgestellt, daß einiges neu geschrieben werden muß. Die "Weltpresse" interessiert sich immer noch nicht für unsere Grundsatzdiskussion und wir führen sie munter weiter. Daß dies so ist, zeigt der Umstand, daß es diese Neuauflage der Broschüre gibt. Der Landesverband NRW hat die Neuauflage übernommen; alleine in Nordrhein-Westfalen gibt es mehr Interessenten außerhalb des Verbandes für unsere Diskussion als die Verfasser des neuen Grundsatzprogramm-Entwurfes erwartet hatten.

Das ist sicherlich erfreulich. Besser gefällt uns nur der Gedanke, bald mit einer einheitlichen Position in grundsätzlichen Fragen - also mit einem beschlossenen neuen Grundsatzprogramm - aufwarten zu können. Ich möchte dieses Vorwort mit der Einladung an alle Leser/innen dieser Zeilen verbinden, sich in unsere Diskussion aktiv einzumischen.

Wuppertal, September 1987

Bernd Ackermann, Landesvorsitzender

### INHALT:

Selbstdarstellungsflugblatt (beschlossen vom Bundesvorstand)	3
Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes	5
10 Thesen zu Grundsatzpositionen der Jungdemokraten	21
Thesenpapier zur Aktualität antikapitalistischer Politik (Beschluß der Bundeskonferenz 1983)	26

### Herausgeber

(der 1. Auflage): Bundesvorstand der Jungdemokraten, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, 0228/210952

(der 2. Auflage): Vorstand der Jungdemokraten NRW, Kieler Str. 29c, 5600 Wuppertal 1, 0202/4938354

Redaktion: Martin Böttger

Druck: Eigendruck

# DIE ALTERNATIVE.



**JUNGDEMOKRATEN SIND RADIKALDEMOKRATEN**

Wir sind Radikale. Weil wir an die Wurzel eines großen Mißstandes in unserer Gesellschaft wollen; den Mißstand, daß es Demokratie bei uns nur alle vier Jahre gibt. Wir wollen Demokratie täglich, werktags, sonn- und feiertags, in der Schule, im Betrieb, in der Familie ...einfach überall.

In unserer Gesellschaft ist dagegen vor allem der Besitz von Produktionsmitteln (Fabriken, Grundbesitz, Banken, usw.) entscheidend dafür, wer die Macht hat und entscheidet. Wer das -wie wir- ändern will, ist eben Radikale/r.

**JUNGDEMOKRATEN SIND KEINE PARTEIJUGEND\***

Bei uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Aber Vertrauen verdienen sie nicht. Fortschrittliche Politik von Parteien gibt es nur, wenn sie von starken außerparlamentarischen Bewegungen (z.B. der Friedens- oder der Frauenbewegung) erpreßt werden. Für den Umweltschutz interessieren sie sich z.B. erst, seit die Bürgerinitiativbewegung für das Entstehen der Grünen sorgte (die allerdings ohne Druck von unten auch schnell stinknormal werden können). **DARUM:**

**JUNGDEMOKRATEN KNACKEN TABUS**

Wir wehren uns gegen die Ausgrenzung von Minderheiten, ob es Lesben/Schwule, ob es Kommunisten oder Ausländer sind. Alle Menschen sind gleich. Und wer in dieser Gesellschaft diskriminiert wird hat unsere Solidarität. Am liebsten sind wir jedoch "kleine Sünderlein". Wir ärgern uns über den Einfluß, den die Großkirchen, insbesondere die reaktionäre katholische Bischofsclique immer noch - vom Staat vielfältig begünstigt - in dieser Gesellschaft haben. Und wir tun unser Bestes zu beweisen, daß das in unserem Jugendverband ganz anders ist.

**JUNGDEMOKRATEN SIND FÜR EMANZIPATION**

Emanzipation heißt nicht nur Gleichberechtigung, sondern Selbstbestimmung, Befreiung von jeder Abhängigkeit. Das ist viel mehr! Der Lohnabhängige ist z.B. abhängig vom Lohnzahler, der Mieter vom Vermieter u.v.m. Wir verstehen also Emanzipation umfassender, als es gemeinhin üblich ist. Für uns ist das jedoch kein Vorwand zu behaupten, Männer würden genauso unterdrückt wie Frauen. Frauen stehen in unserer Gesellschaft im Zweifelsfall immer noch in "Reserve", im Zweifelsfall geht es immer gegen sie aus. Auch bei uns im Verband ist es für sie nach wie vor schwieriger sich durchzusetzen. Wir wollen nicht warten, bis sich die Gesamtgesellschaft bessert. Wir fangen sofort an. Bei uns schließen sich die Frauen auch ohne Männer zusammen. Wir wollen die "große" und die "kleine" Politik verändern. Heute und sofort! Es kann uns nicht schnell genug gehen.

**JUNGDEMOKRATEN MACHEN BASISARBEIT**

Wir steigen in Schülervereinigungen ein. Wir diskutieren in Fachschaften an den Hochschulen. Wir unterstützen Frauengruppen. Wir machen Kommunalpolitik in Bürgerinitiativen. Wir kämpfen gegen die Spaltung von Friedensinitiativen durch die Parteien. Berufsverbote sind uns ein Greuel, Volkszählungen boykottieren wir mit. Wir müssen uns zusammen mit anderen aktiven Demokraten selbst nehmen, was uns die Politiker nicht geben wollen.



# JUNGDEMOKRATEN

\* 1982 haben sich die Jungdemokraten von der FDP getrennt.

**JUNGDEMOKRATEN  
SIND FÜR DEN FRIEDEN**

Aber der Krieg findet schon statt !  
Natürlich kämpfen wir gegen den  
(letzten) Atomkrieg in Europa  
(und Überall !). Aber minütlich  
kratzen auf der Erde Menschen  
wegen Hungers ab, während der  
"freie Westen" hunderte von Milli-  
arden für den Weltraumkrieg aus-  
gibt. Rassistenregime wie in Süd-  
afrika werden subventioniert,  
Nicaragua soll durch Terroristen  
und Wirtschaftboykott erdrosselt  
werden, Lateinamerika verhungert  
weil europäische und US-Banken  
dort Zinsen kassieren wollen. Wen  
das anekelt, der/die ist noch lange  
kein/e Kommunist/in, aber wahr-  
scheinlich schon ein/e Gerechtig-  
keitsfanatiker/in. Wir auch ! Da-



rum organisieren wir Veranstal-  
tungen für ein Flüchtlingsprojekt  
der südafrikanischen Befreiungsbe-  
wegung ANC und für eine Kinder-  
kantine im Pantasmatal in Nica-  
ragua.

**FRIEDEN BRAUCHT  
ENTSPANNUNGSPOLITIK**

Jungdemokraten wollen keine  
fremden Regierungen stürzen. Das  
sollte jedes Volk selbst tun und  
tun können, wenn es das für nötig  
hält. Wer Frieden will, muß bei  
der Versöhnung mit seinen Nach-  
barn anfangen. Das heißt beispie-  
lweise: Schlesien bleibt polnisch;  
die DDR ist ein vollwertiger Staat  
mit eigener Staatsbürgerschaft.  
Wer das nicht anerkennt tut nichts  
für den Frieden.

Doch wir warten nicht ab, bis un-  
sere Forderungen erfüllt werden,  
sondern wir werden selbst aktiv.  
Wir treffen uns bereits seit 20  
Jahren mit Jugendlichen aus und  
in der UdSSR, der DDR, Polen,  
der CSSR, und anderen - natürlich  
auch westlichen - Ländern. Nicht,  
weil wir uns so liebhaben, sondern  
weil Gespräch, Diskussion ver-  
schiedener Meinungen immer der  
kleine Anfang von Frieden sind.



**JUNGDEMOKRATEN  
MACHEN KEINE KARRIERE**

Wir haben keine Minister- oder  
Bürgermeister-Ämter anzubieten.  
Nur viel Engagement und Arbeit,  
und Leute, die das mitmachen.  
Wir schreiben keine Papierberge  
für Parteitage und folgenlose Reso-  
lutionen. Wir diskutieren heftig,  
und über das was wir dann selbst  
tun wollen. Wir wollen über keine  
Cliques und Vorstände mehr  
kungeln, sondern aktiv werden.  
Und wir wollen unseren Spaß da-  
bei haben.

**WIR HAUEM AUF DEN PUTZ !**



- 0 Ich möchte auch auf Putz hauen! Schickt mir mehr Infos und ladet mich mal ein.
- 0 Nee danke, ihr seid mir zu radikal - laßt mich bloß in Ruhe!
- 0 Was ihr da geschrieben habt ist ja ganz nett, ich hätte aber gern Genaueres zum Thema:

.....

Name:.....

Straße:.....

Ort:.....

ausfüllen, Waschmaschine bestellen,  
abschneiden und einschicken an:

Deutsche Jungdemokraten  
Landesgeschäftsstelle  
Reuterstraße 44  
5300 Bonn 1  
Tel.:(0228) 21 09 52



# Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der Jungdemokraten

**JUNGDEMOKRATEN**  
*...der nicht-abhängige Jugendverband*

# Zielsetzung für eine liberale und radikaldemokratische Politik

Jedem menschlichen Handeln liegt das Streben zugrunde, individuelle und soziale Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Bedürfnisse werden nicht nur durch natürliche Anlagen, sondern zum Beispiel durch Tradition, Bildung und soziale Stellung geprägt und verändert; entscheidend ist aber dabei, auf welche Art und Weise eine Gesellschaft die materiellen – also nicht nur die formalen, sondern die tatsächlichen – Voraussetzungen zur Entwicklung und Befriedigung von Bedürfnissen schafft.

Produktion und Verteilung des Produzierten kennzeichnen eine Gesellschaft; durch die Fortentwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verändern sich auch Bedürfnisstrukturen. Bedürfnisse sind also nicht unveränderlich, sondern richten sich nach der gesellschaftlichen, insbesondere der ökonomische Entwicklung in der jeweiligen historischen-Situation.

Die gesellschaftliche Position einzelner Menschen und sozialer Gruppen wird wesentlich durch die Rolle bestimmt, die sie im Produktions- und Verteilungsprozeß einnehmen.

Politik bedeutet das Eingreifen in die gesellschaftlichen Prozesse mit dem Ziel bestmöglicher Bedürfnisbefriedigung. Solange keine allgemeine Übereinstimmung über diese bestmögliche Bedürfnisbefriedigung herrscht, ergreift Politik Partei für Interessengruppen.

## Radikal-demokratische und liberale Politik

Ziel radikaldemokratischer Politik ist die Sicherung und Erweiterung der Freiheit aller Mitglieder einer Gesellschaft. Jungdemokraten verstehen Freiheit nicht nur ideell, als formale, gesetzlich zugestandene Möglichkeit, zwischen verschiedenen Alternativen zu

wählen und Entscheidungen aus eigenem Willen zu treffen, sondern auch materiell:

Freiheit, die nicht nur die Privilegien weniger absichert, muß allen Mitgliedern einer Gesellschaft in gleichem Maße zur Verfügung stehen. Freiheit ist die Möglichkeit zur gleichen und solidarischen Bedürfnisbefriedigung.

## Für die Selbstbestimmung

Jungdemokraten streben eine Gesellschaft ohne Herrschaft von Menschen über Menschen an. Herrschafts- und Machtverhältnisse hindern einzelne und Gruppen an der Verwirklichung ihrer Freiheit. Es geht nicht nur um die Beseitigung offener zutage tretender Herrschaftsverhältnisse, sondern auch von struktureller Gewalt. Solange Herrschaft in einer Gesellschaft notwendig erscheint, muß sie zumindest demokratisch legitimiert und kontrolliert sein. Notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für den Abbau von Herrschaft ist die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, weil die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel wirtschaftliche Macht und damit Macht über Menschen wesentlich begründet.

## Für Frieden

Jungdemokraten streben eine freie Gesellschaft an, die nur existieren kann, wenn Frieden zwischen den Völkern und innerhalb der Gesellschaft herrscht. Für Jungdemokraten ist Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet vielmehr einen Zustand, in dem innergesellschaftliche Hindernisse radikaler Demokratie abgebaut sind, und bei dem das Verhältnis zwischen den Staaten frei ist von ökonomischen und militärischen Zwangs- und Drohverhältnissen. Bezogen auf die internationalen Beziehungen müssen die Jungdemokraten d

tragen, Kriege, die Androhung und Anwendung von ökonomischer und militärischer Gewalt zu verhindern.

Dabei gehen die Jungdemokraten davon aus, daß schon durch das Vorhandensein von Waffen Gewalt ausgeübt wird. Politische Entspannung und auf vertrauensbildenden Maßnahmen beruhende militärische Abrüstung können nur die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen herabsetzen. Eine grundlegende Friedenspolitik muß daher an den zugrundeliegenden materiellen, wirtschaftlichen Verhältnissen auch im internationalen Rahmen orientiert sein.

## Für Solidarität mit den Völkern sich entwickelnder Länder

Jungdemokraten streben eine Gesellschaft an, die innerhalb des eigenen Landes die Voraussetzungen schafft, um die Befriedigung sozialer und individueller Bedürfnisse auch außerhalb dieses Landes zu ermöglichen. Im Bewußtsein der Begrenztheit natürlicher Ressourcen für die materielle Bedürfnisbefriedigung gilt es, den Zugang zu diesen Ressourcen weltweit gerecht zu ordnen. Eine solche Ordnung muß den bislang durch ökonomische und militärische Gewalt gesicherten Raubbau an den Lebens- und Entwicklungschancen der Völker sich entwickelnder Länder ausschließen.

## Für Demokratie

Jungdemokraten streben eine Gesellschaft an, in der alle Lebensbereiche einer demokratischen Willensbildung unterliegen. Nur in einer demokratischen Gesellschaft können Herrschafts- und Machtverhältnisse beseitigt werden, die einzelne und Gruppen an der Verwirklichung ihrer Frei-

Die gesellschaftliche Position einzelner Menschen und sozialer Gruppen wird wesentlich durch die Rolle bestimmt, die sie im Produktions- und Verteilungsprozeß einnehmen.



PARTEI FÜR  
ABWEISUNG  
VON  
UNTERSCHIEDLICHE

heit hindern.

Demokratie bedeutet für Jungdemokraten nicht nur das Prinzip der Entscheidung durch eine Mehrheit. Demokratie verlangt – solange es Herrschaft und Macht gibt und Abhängigkeitsverhältnisse unvermeidbar sind – daß die von der Gesellschaft an Vertreter delegierte Macht von den Betroffenen kontrolliert wird und jederzeit eingeschränkt und zurückgenommen werden kann. Dies setzt eine optimale Information und Beteiligung aller von einer Entscheidung Betroffenen am gesamten Prozeß der Entscheidungsfindung voraus.

Demokratie bedeutet außerdem nicht nur, daß in kollektiven Angelegenheiten gemeinsame Entscheidungen gefällt werden, sondern daß Selbstbestimmung in individuellen Angelegenheiten gewährleistet sein muß; daraus leitet sich die Notwendigkeit eines Minderheitenschutzes ab.

Grundbestandteil eines demokratischen Systems muß eine in allen Gesellschaftsbereichen, insbesondere in der Wirtschaft, von unten nach oben zu erfolgende Entscheidungsfindung mit realen Kontrollmöglichkeiten sein.

Jungdemokraten ziehen jede Form einer derartigen direkten Demokratie repräsentativen Systemen vor.

## Für den emanzipatorischen Fortschritt

Jungdemokraten streben eine Gesellschaft an, in der die Menschen von Abhängigkeiten befreit sind. Der gesellschaftliche Prozeß der Demokratisierung findet seine Entsprechung in dieser Emanzipation von vielfältigen Abhängigkeiten.

Individuelle und gesellschaftliche Emanzipation bedingen einander wechselseitig. Während der Zustand gesellschaftlicher Emanzipation eine der Rahmenbedingungen dafür darstellt, wie Individuen in der Lage sind, ihre Situation zu erkennen und Abhängigkeiten zu überwinden, kann nur die Masse der Individuen selbst Triebkraft und Träger des emanzipatorischen Fortschritts sein.

Emanzipation meint also nicht nur die Befreiung der Frauen von der Unterdrück-

kung durch Männer, sondern umfaßt diese als Teil einer alle gesellschaftlichen Bereiche einschließenden Emanzipation, dort, wo Menschen von anderen Menschen abhängig sind, d. h. durch Mord, Ideologie oder gesellschaftliche Strukturen in ihrer Selbstverwirklichung behindert werden.

Emanzipation ist dabei nicht als Zustand, sondern als Prozeß zu verstehen, da es gilt, immer wieder neu auftretende Bevormundungen zu erkennen und zu überwinden.

## Für Humanität und Minderheitenschutz

Jungdemokraten erstreben eine humane Gesellschaft. Dies bedeutet, daß Politik sich ausschließlich an menschlichen Bedürfnissen orientieren muß. Die Jungdemokraten lehnen Gesellschaftsordnungen ab, in denen menschliche Tätigkeit nicht an den Bedürfnissen aller Menschen, sondern an theologischen, metaphysischen (übersinnlichen) oder anderen Ideologien ausgerichtet wird, die auf keiner materialistischen und bedürfnisorientierten Betrachtungsweise beruhen. Eine humane Gesellschaft mit einer Vielfalt von menschlichen Bedürfnissen bedingt, daß Menschen, die abweichende Verhaltensweisen und Bedürfnisstrukturen entwickeln, deshalb nicht benachteiligt werden dürfen. Deshalb müssen Minderheiten, wenn nötig, einen besonderen Schutz genießen.

## Für die Respektierung der Natur

Jungdemokraten streben eine Gesellschaft an, deren Politik an ökologischen Prinzipien orientiert ist.

Die Notwendigkeit, Menschen weltweit mit einer hinreichenden Gütermenge zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu versorgen, gerät bei kapitalistischer Vermarktung oder falscher Planung in Konflikt mit dem ökologischen Gleichgewicht. Insbesondere die industrielle Produktion stellt eine massive Herausforderung



für ökologisch orientierte Politik dar. Es kommt daher darauf an, Produktionsprozesse hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit zu verbessern.

Insbesondere durch die hochindustrialisierten Gesellschaften sind die Grenzen ökologischer Verträglichkeit längst überschritten. Für die Gesellschaften der Industriestaaten gilt auch, daß sie ihre Konsumstrukturen mit ökologischen Prinzipien harmonisieren müssen. Die Abhängigkeit der Menschen von der Natur und die Knappheit der Rohstoffe fordern die Entwicklung und den verstärkten Einsatz ökologisch und sozial angepaßter Technologien.

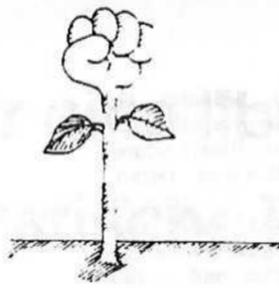
Die ökonomischen Rahmenbedingungen, wie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, bestimmen die Voraussetzungen für eine menschen- und naturgerechte Politik.

Wenn der Einsatz technologischen Fortschritts unter für den einzelnen Menschen oder die Mehrheit einer Gesellschaft unkontrollierbaren Bedingungen stattfindet, ist er einer humanen und emanzipatorischen Politik entgegengesetzt. Unbeherrschbare oder nur von wenigen Menschen kontrollierbare Technologie schafft neue Abhängigkeiten. Radikaldemokratische Politik lehnt technologischen Fortschritt nicht ab, sondern strebt dessen Einsatz zugunsten bestmöglicher gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung an.

## Für Toleranz

Jungdemokraten erstreben eine tolerante Gesellschaft. Toleranz wird dabei verstanden als die Respektierung anderer als der eigenen weltanschaulichen und politischen Auffassungen, anderer Lebensformen und Verhaltensweisen. Schließlich beginnt jeder politische und gesellschaftliche Fortschritt als Abweichung von der herrschenden Lehre.

Daher bedeutet Toleranz nicht nur das bloße Gewährenlassen anderer als in einer Gesellschaft üblicher Verhaltensweisen und Meinungen, sondern die aktive geistige Auseinandersetzung mit diesen. Sie setzt eine prinzipielle Bereitschaft zur Veränderung der Gesellschaft orientiert an politischen Wert- und Zielvorstellungen voraus. Toleranz läßt sich nicht auf die Tole-



rierung Freiheit verhängender gesellschaftlicher Verhältnisse verpflichtet.

## Für sozialen Fortschritt und Chancengleichheit

Jungdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der strukturelle Ungleichheiten beseitigt, oder wenn sie unvermeidbar sind, in ihren negativen Auswirkungen zumindest korrigiert werden. Für Jungdemokraten bedeutet dies die Forderung nach

- materieller Grundlage für ein menschenwürdiges Leben
- menschengerechten und selbstbestimmten Arbeitsbedingungen
- gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildungs- und Kulturinstitutionen mit Bereitstellung besonderer Hilfen, falls notwendig
- gleichen Möglichkeiten der Reproduktion, also der Wiederherstellung durch gesellschaftliche Beanspruchung verbrauchter Kraft.

Jungdemokraten verstehen diese Rechte nicht lediglich als formalen Anspruch, sondern verbinden damit die Forderung nach einer materiellen Ausfüllung und Bereitstellung der Möglichkeiten. Dabei haben einzelne Menschen und soziale Gruppen gleiche Rechte und Möglichkeiten. Die Gesellschaft darf aufgrund ihrer Leistungen keine Bedingungen stellen, die zur Disziplinierung von Menschen oder zu ihrer Unterordnung unter Institutionen führen.

## Für Vergesellschaftung von Produktion und gleichmäßige Güterverteilung

Die private Verfügungsgewalt weniger Menschen über nicht beliebig vermehrbare Güter und Rohstoffe bringt eine Herrschaftsstellung der Besitzenden mit sich. Jungdemokraten befürworten deshalb eine gemeinschaftliche Form der Verfügung über diese Güter, die als die not-

wendige materielle Voraussetzung für Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nur in kooperativer und solidarischer Form geschaffen werden können.

Jungdemokraten streben deshalb eine Gesellschaft an, in der durch gemeinschaftlichen Besitz an und Verfügungsgewalt über Produktionsmittel die ökonomisch bedingte Ausübung von Macht von Menschen über Menschen verhindert wird. Die Wahl des Vergesellschaftungsmodells ist abhängig von der Form, Größe und Bedeutung der jeweiligen Produktionseinheit. Dies ist einer von mehreren notwendigen Schritten, um gleiche Rechte zu garantieren: Die Verwirklichung menschlicher Bedürfnisbefriedigung kann nur wahrgenommen werden, wenn die materiellen Voraussetzungen dazu derart geschaffen sind, daß alle Mitglieder der Gesellschaft nicht nur in die Lage versetzt werden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, sondern über die Art und Weise der dazu notwendigen Produktion von Gü-

tern und Sachleistungen und deren Verteilung demokratisch verfügen können.

## Für die liberalen und sozialen Rechte

Jungdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der soziale Rechte und bürgerliche Freiheitsrechte gleichen Rang haben. Unter bürgerlichen Freiheitsrechten verstehen die Jungdemokraten diejenigen Rechte, die von der Arbeiterklasse und dem Bürgertum im Laufe der bürgerlichen Revolutionen errungen wurden (z. B. Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsrecht, gleiches Wahlrecht oder Streikrecht).

Zur optimalen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sind darüberhinaus soziale Freiheitsrechte ebenso unabdingbar. Während liberale Frei-

heitsrechte die Voraussetzung für individuelle und kollektive Interessenwahrnehmung bilden, sollen soziale Freiheitsrechte die Ausgeglichenheit der Chancen- und Güterverteilung in einer Gesellschaft sichern (z. B. Recht auf Arbeit, Recht auf Mitbestimmung).

Die durch die liberalen Freiheitsrechte gewährleistete Möglichkeit der Interessenartikulation ist eine ebenso wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialen Freiheitsrechte wie die von den sozialen Freiheitsrechten geforderte Ausgeglichenheit der Chancen- und Güterverteilung für die volle Durchsetzung der liberalen Freiheitsrechte.

Liberale und soziale Freiheitsrechte schließen sich daher nicht aus, sondern bedingen sich wechselseitig.

Der Inhalt liberaler und sozialer Freiheitsrechte ist nicht natürlich gegeben, sondern historisch und muß entsprechend dem technischen und gesellschaftlichen Entwicklungsstand stets neu bestimmt und verändert werden.

# Analyse

## Das sozio-ökonomische System der Bundesrepublik

Das spätkapitalistische System der BRD ist durch den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Verfügungsgewalt gekennzeichnet. Es steht jedoch in dieser Situation nicht still, sondern entwickelt und verändert sich fortlaufend. Das gilt besonders für die Zunahme staatlicher Aufgaben, zu denen heute nicht mehr nur Krieg, Außenpolitik, Justiz und Polizei gehören, sondern auch Sozialpolitik, Infrastrukturpolitik, Bildungspolitik. Mit Beginn dieses Jahrhunderts unter der Globalpolitik der Kolonialmächte griff der Staat auch stärker in Wirtschaftsprozesse ein; in Deutschland z. B. zur Inflationsbekämpfung mit der Währungsreform 1923, kaum wirksamen Arbeitsbeschaffungsprogrammen gegen Ende der Weimarer Republik und der engen Verflochtung von Staat und Ökonomie – dem Zusammenwirken zwischen

Nazis und Großindustriellen entsprechend – in der Zeit des deutschen Faschismus.

Nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus gelang es in der BRD sehr schnell, aus der Erfahrung des Faschismus geborene sozialistische Konzepte zurückzudrängen. Statt sozialistischem und demokratischem Neuaufbau wurde das kapitalistische System restauriert. Der bürgerlich-demokratische Staat wurde nur dort aktiv, wo es sich weder für privaten Profit noch für die Ideologie-Fabriken lohnte. Krisen blieben zunächst aus, weil der gesamte Ablauf nach den Zerstörungen des Krieges erst wieder in Gang gesetzt werden mußte.

Erst, als auch die BRD in den 60er Jahren von einer stinknormalen Krise erwischt wurde, wurden die Konzepte der „Globalsteuerung“ und „zyklischer Wirtschaftspolitik“ offizielle Politik: Der

Staat beeinflusst die Rahmenbedingungen der Wirtschaft, indem er z. B. in der Hochkonjunktur seine Ausgaben drosselt und in der Rezession wieder steigert, um wirtschaftliche Stabilität zu erhalten („antizyklisch“). Zu den Instrumenten des Staates gehören dabei u. a. die Steuer- und Kartellgesetzgebung, Umweltpolitik, Zwangsregelungen für ausländische Arbeitskräfte oder Forschungsförderung.

Zwar bestimmt der Staat damit nicht die Wirtschaftsabläufe, aber im Bewußtsein der meisten Menschen wird der Staat bzw. seine Führungsgruppen (Parteien und Regierungen) dafür als verantwortlich angesehen.

Der Staat in der BRD handelt heute als 'ideeller Gesamtkapitalist'. Dies bedeutet gerade nicht, daß der Staat nur zum mechanischen Handlanger bestimmter Kapitalisten wird. Vielmehr stoßen in der geschichtlichen Entwicklung des Kapitalismus dessen Krisenlösungsinstrumente – etwa die Schaffung neuer Märkte oder die Nutzung der Wissenschaft – auf

JUNGDEMOKRATEN  
WÖRTE BEI  
GEMEINSCHAFTLICHEN  
VERTEILUNG  
GÜTER



für ökologisch orientierte Politik dar. Es kommt daher darauf an, Produktionsprozesse hinsichtlich ihrer Umweltverträglichkeit zu verbessern.

Insbesondere durch die hochindustrialisierten Gesellschaften sind die Grenzen ökologischer Verträglichkeit längst überschritten. Für die Gesellschaften der Industriestaaten gilt auch, daß sie ihre Konsumstrukturen mit ökologischen Prinzipien harmonisieren müssen. Die Abhängigkeit der Menschen von der Natur und die Knappheit der Rohstoffe fordern die Entwicklung und den verstärkten Einsatz ökologisch und sozial angepaßter Technologien.

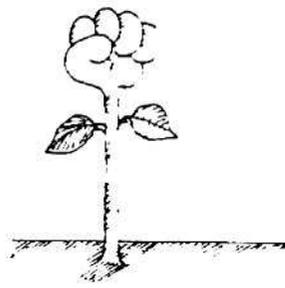
Die ökonomischen Rahmenbedingungen, wie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, bestimmen die Voraussetzungen für eine menschen- und naturgerechte Politik.

Wenn der Einsatz technologischen Fortschritts unter für den einzelnen Menschen oder die Mehrheit einer Gesellschaft unkontrollierbaren Bedingungen stattfindet, ist er einer humanen und emanzipatorischen Politik entgegengesetzt. Unbeherrschbare oder nur von wenigen Menschen kontrollierbare Technologie schafft neue Abhängigkeiten. Radikaldemokratische Politik lehnt technologischen Fortschritt nicht ab, sondern strebt dessen Einsatz zugunsten bestmöglicher gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung an.

## Für Toleranz

Jungdemokraten erstreben eine tolerante Gesellschaft. Toleranz wird dabei verstanden als die Respektierung anderer als der eigenen weltanschaulichen und politischen Auffassungen, anderer Lebensformen und Verhaltensweisen. Schließlich beginnt jeder politische und gesellschaftliche Fortschritt als Abweichung von der herrschenden Lehre.

Daher bedeutet Toleranz nicht nur das bloße Gewährenlassen anderer als in einer Gesellschaft üblicher Verhaltensweisen und Meinungen, sondern die aktive geistige Auseinandersetzung mit diesen. Sie setzt eine prinzipielle Bereitschaft zur Veränderung der Gesellschaft orientiert an politischen Wert- und Zielvorstellungen voraus. Toleranz läßt sich nicht auf die Tole-



rierung Freiheit verhängender gesellschaftlicher Verhältnisse verpflichtet.

## Für sozialen Fortschritt und Chancengleichheit

Jungdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der strukturelle Ungleichheiten beseitigt, oder wenn sie unvermeidbar sind, in ihren negativen Auswirkungen zumindest korrigiert werden. Für Jungdemokraten bedeutet dies die Forderung nach

- materieller Grundlage für ein menschenwürdiges Leben
- menschengerechten und selbstbestimmten Arbeitsbedingungen
- gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildungs- und Kulturinstitutionen mit Bereitstellung besonderer Hilfen, falls notwendig
- gleichen Möglichkeiten der Reproduktion, also der Wiederherstellung durch gesellschaftliche Beanspruchung verbrauchter Kraft.

Jungdemokraten verstehen diese Rechte nicht lediglich als formalen Anspruch, sondern verbinden damit die Forderung nach einer materiellen Ausfüllung und Bereitstellung der Möglichkeiten. Dabei haben einzelne Menschen und soziale Gruppen gleiche Rechte und Möglichkeiten. Die Gesellschaft darf aufgrund ihrer Leistungen keine Bedingungen stellen, die zur Disziplinierung von Menschen oder zu ihrer Unterordnung unter Institutionen führen.

## Für Vergesellschaftung von Produktion und gleichmäßige Güterverteilung

Die private Verfügungsgewalt weniger Menschen über nicht beliebig vermehrbare Güter und Rohstoffe bringt eine Herrschaftsstellung der Besitzenden mit sich. Jungdemokraten befürworten deshalb eine gemeinschaftliche Form der Verfügung über diese Güter, die als die not-

wendige materielle Voraussetzung für Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nur in kooperativer und solidarischer Form geschaffen werden können.

Jungdemokraten streben deshalb eine Gesellschaft an, in der durch gemeinschaftlichen Besitz an und Verfügungsgewalt über Produktionsmittel die ökonomisch bedingte Ausübung von Macht von Menschen über Menschen verhindert wird. Die Wahl des Vergesellschaftungsmodells ist abhängig von der Form, Größe und Bedeutung der jeweiligen Produktionseinheit. Dies ist einer von mehreren notwendigen Schritten, um gleiche Rechte zu garantieren: Die Verwirklichung menschlicher Bedürfnisbefriedigung kann nur wahrgenommen werden, wenn die materiellen Voraussetzungen dazu derart geschaffen sind, daß alle Mitglieder der Gesellschaft nicht nur in die Lage versetzt werden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, sondern über die Art und Weise der dazu notwendigen Produktion von Gü-

tern und Sachleistungen und deren Verteilung demokratisch verfügen können.

## Für die liberalen und sozialen Rechte

Jungdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der soziale Rechte und bürgerliche Freiheitsrechte gleichen Rang haben. Unter bürgerlichen Freiheitsrechten verstehen die Jungdemokraten diejenigen Rechte, die von der Arbeiterklasse und dem Bürgertum im Laufe der bürgerlichen Revolutionen errungen wurden (z. B. Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsrecht, gleiches Wahlrecht oder Streikrecht).

Zur optimalen Befriedigung menschlicher Bedürfnisse sind darüberhinaus soziale Freiheitsrechte ebenso unabdingbar. Während liberale Frei-

heitsrechte die Voraussetzung für individuelle und kollektive Interessenwahrnehmung bilden, sollen soziale Freiheitsrechte die Ausgeglichenheit der Chancen- und Güterverteilung in einer Gesellschaft sichern (z. B. Recht auf Arbeit, Recht auf Mitbestimmung).

Die durch die liberalen Freiheitsrechte gewährleistete Möglichkeit der Interessenartikulation ist eine ebenso wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung der sozialen Freiheitsrechte wie die von den sozialen Freiheitsrechten geforderte Ausgeglichenheit der Chancen- und Güterverteilung für die volle Durchsetzung der liberalen Freiheitsrechte.

Liberale und soziale Freiheitsrechte schließen sich daher nicht aus, sondern bedingen sich wechselseitig.

Der Inhalt liberaler und sozialer Freiheitsrechte ist nicht natürlich gegeben, sondern historisch und muß entsprechend dem technischen und gesellschaftlichen Entwicklungsstand stets neu bestimmt und verändert werden.

# Analyse

## Das sozio-ökonomische System der Bundesrepublik

Das spätkapitalistische System der BRD ist durch den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Verfügungsgewalt gekennzeichnet. Es steht jedoch in dieser Situation nicht still, sondern entwickelt und verändert sich fortlaufend. Das gilt besonders für die Zunahme staatlicher Aufgaben, zu denen heute nicht mehr nur Krieg, Außenpolitik, Justiz und Polizei gehören, sondern auch Sozialpolitik, Infrastrukturpolitik, Bildungspolitik. Mit Beginn dieses Jahrhunderts und der Globalpolitik der Kolonialmächte griff der Staat auch stärker in Wirtschaftsprozesse ein; in Deutschland z. B. zur Inflationsbekämpfung mit der Währungsreform 1923, kaum wirksamen Arbeitsbeschaffungsprogrammen gegen Ende der Weimarer Republik und der engen Verflechtung von Staat und Ökonomie – dem Zusammenwirken zwischen

Nazis und Großindustriellen entsprechend – in der Zeit des deutschen Faschismus.

Nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus gelang es in der BRD sehr schnell, aus der Erfahrung des Faschismus geborene sozialistische Konzepte zurückzudrängen. Statt sozialistischem und demokratischem Neuaufbau wurde das kapitalistische System restauriert. Der bürgerlich-demokratische Staat wurde nur dort aktiv, wo es sich weder für privaten Profit noch für die Ideologie-Fabriken lohnte. Krisen blieben zunächst aus, weil der gesamte Ablauf nach den Zerstörungen des Krieges erst wieder in Gang gesetzt werden mußte.

Erst, als auch die BRD in den 60er Jahren von einer stinknormalen Krise erwischt wurde, wurden die Konzepte der „Globalsteuerung“ und „zyklischer Wirtschaftspolitik“ offizielle Politik: Der

Staat beeinflusst die Rahmenbedingungen der Wirtschaft, indem er z. B. in der Hochkonjunktur seine Ausgaben drosselt und in der Rezession wieder steigert, um wirtschaftliche Stabilität zu erhalten („antizyklisch“). Zu den Instrumenten des Staates gehören dabei u. a. die Steuer- und Kartellgesetzgebung, Umweltpolitik, Zwangsregelungen für ausländische Arbeitskräfte oder Forschungsförderung.

Zwar bestimmt der Staat damit nicht die Wirtschaftsabläufe, aber im Bewußtsein der meisten Menschen wird der Staat bzw. seine Führungsgruppen (Parteien und Regierungen) dafür als verantwortlich angesehen.

Der Staat in der BRD handelt heute als 'ideeller Gesamtkapitalist'. Dies bedeutet gerade nicht, daß der Staat nur zum mechanischen Handlanger bestimmter Kapitalisten wird. Vielmehr stoßen in der geschichtlichen Entwicklung des Kapitalismus dessen Krisenlösungsinstrumente – etwa die Schaffung neuer Märkte oder die Nutzung der Wissenschaft – auf

JUNGDEMOKRATEN  
WÖRTE BEI  
GEMEINSCHAFTLICH  
DER VERFÜGUNG  
GÜTER



natürliche Grenzen, worauf sich der Konkurrenzkampf und die Widersprüche zwischen den einzelnen Kapitalgebern verschärfen. Im "Gesamtkapitalinteresse" wird dann eine Stelle nötig, die auf das übergeordnete Interesse der Erhaltung des gesamten Systems, zur Not auch zu Lasten einzelner seiner Teile, achtet, sowohl gegen schwache Teile des Systems – nämlich Konzerne, die Pleite machen – als auch gegen Systemgegner, also Vertreter antikapitalistischer Interessen.

Um die Legitimation des sich als demokratisch bezeichnenden Staates gegenüber der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, müssen die Motive der kapitalorientierten staatlichen Politik verschleiert werden, um diese stattdessen als richtig und vernünftig zu verkaufen. Dabei mobilisiert der Staat in der Bevölkerung häufig Motive, die mit seinen eigenen nichts mehr zu tun haben: Unter dem Zeichen der "Gemeinsamkeit" wird die "Konzertierte Aktion" von der Großen Koalition ins Leben gerufen, das "Bürgerrecht auf Bildung" wird zu dem Zeitpunkt betont, da die Wirtschaft mehr hochqualifizierte Arbeitskräfte braucht, und die Werte der "Individualität" und "Selbstverantwortung" werden wiederbelebt, wenn die staatliche Sozialpolitik eingeschränkt werden soll. Es bleibt nicht aus, daß sich Anspruch und Wirklichkeit solcher Politik auseinanderentwickeln.

Das springt vor allem bei der Arbeitsmarktpolitik ins Auge. Einerseits versprechen alle Parteien und Regierungen immer wieder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Andererseits muß der Staat aber darauf achten, daß sich das Investieren von Kapital für seine Eigentümer optimal lohnt, er also keineswegs für die Interessen der Arbeitenden und Arbeitslosen (je mehr Arbeitslose, umso billiger die Arbeitskraft!) Partei ergreifen darf. In diesem Widerspruch sitzt soviel Dynamik, daß das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftssystem dabei ins Wackeln geraten kann. In welche Richtung ist damit allerdings noch nicht entschieden.

WERTE DER INDIVIDUALITÄT... WEREN WIEDER BELEBT...



## Gegenseitige Abhängigkeit von Politik und Wirtschaft

Die Wirtschaft setzt die Daten, die bestimmen, ob die politische Führung die notwendigen Mittel erhält und auch als wirtschaftspolitisch erfolgreich gilt. Die Wirtschaft bestimmt über den Arbeitsmarkt, über Rationalisierung, Schließung unrentabler oder für unrentabel erklärter Produktionsstätten oder notfalls die Verlagerung der Produktion ins Ausland. Hier wird mit der Preispolitik über Inflationsraten entschieden. Die Bereitschaft der Unternehmen zu Investitionen bestimmt zu einem größeren Ausmaß das Wirtschaftswachstum als etwa Programme der politischen Führung. Das Ausmaß öffentlicher Investitionen ist vom Steueraufkommen abhängig, oder aber von der Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Das ist ein wirtschaftspolitisches Instrument, mit dem kurzfristig sicherlich eine Politik betrieben werden kann, die Krisenentwicklungen in der Wirtschaft abmildert. Langfristig muß aber eine Abhängigkeit vom privaten Kapitalmarkt (Großbanken!) in Kauf genommen werden.

Die Schlagkraft einzelner Konzerne nimmt dabei mit Größe und Konzentration zu. Große, noch dazu multinationale Konzerne verfügen z. T. über erheblich mehr Mittel als politische Einheiten. Sie sind in der Lage, Gewinne und Verluste von einem Staat in den anderen zu verlagern und damit ihrerseits – über den Entzug von Steuermitteln – Regierung und Parteien mit Sanktionen zu belegen. Oder sie können gar, wie dies für die Erdölkonglomerate zutrifft, durch die Kontrolle lebenswichtiger Güter bedrohen oder erpressen. Bei dem Versuch, die Durchsetzung politischer Eingriffe zu vereiteln, die nicht von vornherein von einer breiten politischen und gesellschaftlichen Übereinstimmung getragen werden, werden auch direkte Eingriffe aus der Wirtschaft in die Politik erfolgen. Das geschieht durch die Finanzierung oder Nichtfinanzierung politischer konkurrierender Gruppen, sicher auch, wenn auch nur als eigentlich verpönte und vergleichsweise seltenes Mittel durch den Kauf von politischen Handlungs-

tionsträgern. Nicht zuletzt es aber auch den direkten Zugriff auf das Bewußtsein durch die Massenmedien. Sie befinden sich, mit der noch bestehenden Ausnahme der Rundfunk- und Fernsehanstalten, in privater Hand. Und sie sind zudem, da noch eine durchgängige Übereinstimmung zwischen Verleger- und anderen Kapitalinteressen nicht allgemein unterstellt werden kann, von weitgehend privatwirtschaftlichen Anzeigen abhängig.

Natürlich darf man sich solche Dinge nicht als einfache Mechanik "wie aus dem Bilderbuch" vorstellen. Wie immer gibt es Ausnahmen. Und wie immer ist die Wirklichkeit komplizierter als sie geschrieben werden kann. Zu warnen ist vor allem vor der Vorstellung, ein einzeln er Kapitalist brauche nur zu läuten, damit "die Politiker" springen. Die Abhängigkeit ist wechselseitig. Sicher würde ein massiver antikapitalistischer Eingriff des Staates in den Wirtschaftsprozess zu einer durch Investitionsstreik und Kapitalflucht hervorgerufenen nationalen Wirtschaftskrise führen. Allerdings ist nicht jeder Eingriff in den Wirtschaftsprozess, der den Protest von einzelnen Kapitalgebern oder -fraktionen herausfordert, ein antikapitalistischer. Er mag nur bornierten einzelnen Vertretern oder Führungsgruppen in seiner langfristig stabilisierenden Wirkung unverständlich sein, wie etwa gerade Eingriffe zur Sicherung der Umweltstabilität oder der vorausschauenden Rohstoffsicherung.

Wenn der Staat wirtschaftliche Krisen nicht mehr bewältigen kann, ist es keineswegs zwangsläufig, daß die Bevölkerung dann schon irgendwann zur Revolution übergehen wird.

Viele Menschen, ja die Mehrheit in der BRD, halten das kapitalistische System, genannt "soziale Marktwirtschaft", immer noch für das relativ (!) leistungsfähigere und sind daher grundsätzlich auch opferbereit. Auch die Engagementbereitschaft in solchen wirtschaftspolitischen Fragen darf nicht über- (freilich auch nicht unter-)schätzt werden. Und schließlich wird – im Falle des Falles – die



HEUTE STELLEN SICH DIE VOLKSPARTEIEN...

Sympathie nicht dem ganzen System, sondern zunächst erstmal nur einer Regierung oder Partei entzogen.

## Parteien in der BRD

Der Startvorteil der CDU nach der Gründung der BRD entsprang vor allem ihrem widersprüchlichen Charakter als "Volkspartei". SPD und FDP wurden dagegen eher dem Muster einer "Klassenpartei" gerecht.

Mit dem Konzept der Volkspartei gelang es der CDU nicht nur, stärkste Kraft im bürgerlichen Lager zu werden und innerhalb kurzer Zeit mit Ausnahme der FDP alle anderen bürgerlichen Gruppen aus dem Parlament zu vertreiben oder aufzusaugen, sondern auch bestimmende Partei der ersten 20 Jahre bundesdeutscher Entwicklung. Der Stimmenanteil, der auf Arbeiterstimmen zählenden SPD blieb weit entfernt von mehrheitsfähigen Prozentzahlen und mußte mit einer Orientierung auf andere Wählerschichten erhöht werden. Sonst hätte die SPD in Kauf nehmen müssen, im Bundestag die Rolle einer ewigen Opposition zu spielen. Mit dem Godesberger Programm von 1959 und der folgenden Anerkennung der Grundlagen der von Adenauer betriebenen westdeutschen Außenpolitik 1960, vollzog die SPD sichtbar das Erfolgsmuster der CDU nach. Sie entwickelte sich zur Volkspartei und erhob damit den Anspruch, fortan nicht mehr nur für Arbeiter, sondern grundsätzlich für jedermann, vor allem aber für die im Zuge sozialer Umstrukturierungsprozesse stärker werdenden lohnabhängigen Mittelschichten wählbar zu werden. Sie akzeptierte im Grunde die "soziale Marktwirtschaft" mit der Forderung nach der Verteilungsgerechtigkeit erhöhen und den Konjunkturverlauf stabilisierenden Steuerungsinstrumenten. Diese Öffnung der SPD, die Abkehr vom Konzept der Klassenpartei, war dabei weder eine besonders neue, noch eine spezifisch bundesdeutsche Entwicklung. Sowohl das "Görlitzer Programm" der SPD von 1921 als auch die Politik der britischen Labour-Partei oder der schwedischen

SAP sind Ausdruck der sozialdemokratischen Erkenntnis, daß in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften die Regierungsverantwortung auf parlamentarischem Wege nur erreichbar ist, wenn sie entweder mit den bürgerlichen Parteien koalieren oder ihnen ihre Wähler abspenstig machen können. Der Versuch, letzteres mit einer Orientierung auf die stärker werdende, nicht traditionell parteilich gebundene politische "Mitte" zu erreichen, gelang um den Preis einer inhaltlichen und personellen Veränderung der SPD. Letztlich war es eine Annäherung an die CDU, die beim Werben um die Wähler dieser Mitte erhebliche Vorteile genoß. Sie galt als die Partei, die Wiederaufbau, Westintegration und "Wirtschaftswunder" z. T. gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt hatte. Die SPD befand sich unter dem tatsächlichen oder vermeintlichen Druck, beweisen zu müssen, daß sie, wenn nicht eine bessere oder Überschüsse gerechter verteilende CDU, so doch mindestens regierungsfähig und zuverlässig sei. Sie erbrachte diesen Beweis durch einen weitgehenden Verzicht auf grundsätzliche oppositionelles Verhalten im Bundestag, gerade in der Frage der den Sozialdemokraten immer wieder vorgeworfenen "nationalen Unzuverlässigkeit" bis an den Rand der Selbstaufgabe ihrer Identität. Das vorläufige Ergebnis dieser Bemühungen, die Große Koalition, stellt somit einerseits den Endpunkt einer Anpassung sozialdemokratischer an christdemokratischer Politik dar, zum anderen aber auch den Beginn einer Ablösung der CDU von ihrer 20jährigen politischen Herrschaft.

Heute stellen sich die Volksparteien strukturell relativ einheitlich dar. Beide haben eine breite Wähler- und Mitgliederbasis und dazu passend ein Wahlprogramm, das Wähler aller Gruppen ansprechen soll. Zwischen tatsächlicher Steuerungsfunktion und dem Anspruch, die Interessen der breiten Mehrheit alle Bevölkerungsschichten zu vertreten, gibt es bei den Volksparteien eine ständigen Widerspruch. Gesellschaftlicher Wandel soll nach ihrem Konzept "in Gestalt von Anpassungsreform" bewältigt werden. Die vorwiegend individuelle Organisationsweise steht

STRUKTURELL RELATIV EINHEITLICH DAR



in Zusammenhang mit der den Massen in erster Linie zugeschriebenen Funktion als Objekt der Wahlmobilisierung. Die Volksparteientwicklung korrespondiert mit gesellschaftlicher Entideologisierung, bei Fortdauer allenfalls undeutlich gewordener grundlegender Klassegegensätze.

Politische Institutionen, wie die Parteien in der BRD, haben einen Doppelcharakter. Einerseits erweckt der Besitz einer Stimme bei der Parlamentswahl den Eindruck, man entscheide über die Machtverteilung in unserer Gesellschaft. Andererseits ist es aber eine Einflußmöglichkeit, die nicht geschenkt worden ist, sondern erkämpft werden mußte. Es ist also keineswegs ohne Bedeutung für die Machtverteilung. Bedenklich bleibt, daß die Parlamentsparteien in der BRD, soweit es durch Regierungshandeln erkennbar war, sich allenfalls in den Methoden ihrer Herrschaftsvertretung unterschieden. Die Teilhabe an der Macht brachte immer das Interesse an der Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse mit sich.

Die Besonderheit der sozialliberalen Koalition der 70er Jahre lag darin, daß die gesellschaftlichen Ansprüche der Bevölkerung erheblich anstiegen. Es wurde zwar einerseits das bestehende System modernisiert und damit stabilisiert. Andererseits aber wuchsen die Reihen der kritischen Kräfte (zu nennen vor allem die Ökologie- und Friedensbewegung), die die gestiegenen Ansprüche nicht erfüllt sahen und dadurch einen schärferen Blick für undemokratische gesellschaftliche Machtpositionen bekamen bzw. sich verschafften.

Der gemeinsame Institutionscharakter der Parteien wird an ihren Abschottungspraktiken deutlich:

- die 5%-Klausel
- die Selbstbedienung bei Steuergeldern
- die häufig beschworene "Solidarität der Demokraten", womit sie sich in der Regel ausschließlich selbst meinen.

So stellen sich SPD, CDU und FDP als Organisationen verschiedener Eliten dar, die um die begrenzte Anzahl einflußreicher Positionen konkurrieren, und sich dabei von weiteren Gruppen möglichst nicht stören lassen wollen. Die Notwendigkeit, für diese



Positionen parlamentarische Mehrheiten zu finden, läßt sie sich nicht mehr zuerst um traditionelle, sondern um die gerade nicht traditionell sozialdemokratisch oder konservativ wählenden Gruppen kümmern. Ihr Programm wird soweit geöffnet, daß sie grundsätzlich für jedermann wählbar werden. Diese Entwicklung vollzieht sich in einem sich selbst beschleunigenden Prozeß: Die programmatische Öffnung läßt nicht nur neue Wähler erreichen, sondern Teile dieser Wählerschaft sich auch in der Partei organisieren und wiederum die Programmdiskussion mitbestimmen. Die bei den Sozialdemokraten durch das Erreichen neuer Wählerschichten möglichen Mehrheiten und damit ermöglichte und beabsichtigte Übernahme politischer Verantwortung läßt, unabhängig von Programm, Eliten, die befähigt sind oder sich befähigt fühlen, politische und administrative Funktionen zu übernehmen, in diese Partei strömen und nachhaltig Profil und Programm beeinflussen. Grundsätzliche gesellschaftliche Interessengegensätze, die in einem auf die politische Mitte zielenden Volksparteiprogramm nicht erwähnt werden können, werden, wenn überhaupt - in der CDU finden solche Diskussionen nicht statt - innerhalb der Partei diskutiert und kanalisiert. Interessengruppen finden sich durch Vereinigungen innerhalb der Partei repräsentiert. Ihrer Tendenz nach flacht sich die Programmdiskussion und vor allem ihre Ergebnisse mit zunehmender Parteebene ab. Dies läuft parallel zu einer soziokulturellen Einengung des Spektrums von Parteigremien mit deren zunehmender Höhe. Repräsentieren die Parteien, auch die SPD, ohnehin in ihrer Mitgliedschaft schon einen überdurchschnittlichen Anteil von Mittel- und Oberschichtangehörigen, so nimmt dieser "nach oben" und in die Fraktionen hin zu.

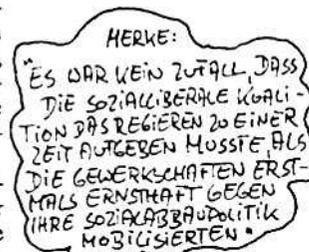
Die Entwicklung der SPD zur Volkspartei hat sich zumindest als ein gangbarer Weg erwiesen, sich zuerst an der politischen Macht zu beteiligen, und dann diese der CDU zu entreißen. Die Bedeutung dieses Machtwechsels relativiert sich insofern, als die herrschende CDU durch eine Partei ersetzt wurde, deren Anspruch, Alternativen zu verwirklichen, nur begrenzt war. In Gestalt der



treten inzwischen Gruppen auf, die die Vertretungsausschließlichkeit der übrigen Parlamentsparteien bedrohen. Es läßt sich vor allem darauf zurückführen, daß die Verwechselbarkeit der Parteien zu groß und ihre Alternativenproduktion zu gering war. Um die Bedrohung abzuwehren, ergibt sich für SPD, CDU und FDP die Notwendigkeit, sich zum einen noch stärker als ausschließlich wählbare Alternative darzustellen, zum anderen unter- und gegeneinander Unterscheidungsmerkmale deutlicher zu setzen. Die Grünen können insoweit durchaus als ein Korrekturfaktor des Dreiparteiensystems wirken, der dieses sein ursprüngliches programmatisches Spektrum wiedergewinnen läßt. Sollte sich der politische Erfolg der Grünen seitens der drei anderen Parteien nicht verhindern lassen, und sollten die noch Ausgegrenzten auch an der Verteilung politischer Führungspositionen beteiligt werden müssen, ist anzunehmen, daß auch sie die beschriebenen Prozesse durchlaufen werden.

Auch wenn sich die etablierten Parteien immer mehr angeglichen haben, so haben sie doch eine traditionelle Wählerbasis, "Stammwähler" die sich unterscheiden. Besonders hervorzuheben sind hier die organisierten Lohnabhängigen, also die Gewerkschaften und die SPD. Selbst wenn das Verhältnis - auf die Masse der Mitglieder bezogen - nicht mehr zementiert ist, ist es immer noch wichtig genug, um über die "Regierungsfähigkeit" der SPD zu entscheiden. Es war kein Zufall, daß die sozialliberale Koalition das Regieren zu einer Zeit aufgeben mußte, als die Gewerkschaften erstmals (!) ernsthaft gegen ihre Sozial(abbau)politik mobilisierten.

Natürlich ist die Wählerbasis der Parteien nicht nur nach Schichten geordnet. Die Grünen sind dafür ein Beispiel. Ihre Wähler kommen aus der umkämpften Gruppe der lohnabhängigen Mittelschichten, und hier vor allem aus deren "Nachwuchs". Nicht umsonst arbeiten die Parteien mit verschiedenen Vorfeldorganisationen, um sich hier Platzvorteile zu verschaffen.



## Systemstabilisierende Faktoren

Eine systemstabilisierende Wirkung ist in der BRD außerdem folgenden Punkten zuzuweisen:

- Außer in der Zeit von 1957 bis 1961 waren Koalitionen zur Bildung einer Bundesregierung notwendig, die Durchsetzung eines Parteiprogramms unmöglich. Das verlangsamt evtl. politische Veränderungen merklich.

- Das Bundesverfassungsgericht wurde und wird selbst politisch aktiv. Seine Zusammensetzung ist Ausdruck der bestehenden (!) gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse. Seine Bremsfunktion hat weniger etwas mit dem Kompromißtext des Grundgesetzes zu tun, sondern ist vielmehr von der "herrschenden Lehre" bei der Interpretation dieses Textes abhängig. Man darf dabei nicht vergessen, daß es bei den Juristen besonders gut gelungen ist, eine inhaltliche und personelle Linie vom preußischen Kaiserstaat, über die Weimarer Republik, den deutschen Faschismus bis in die BRD zu erhalten.

- Der Föderalismus, die Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern, ist ein weiteres stabilisierendes Moment. Er zwingt Reform-, d. h. ja Veränderungstendenzen, immer zu Kompromissen und verlangsamt sie damit.

- Die Bürokratie, die staatliche Verwaltung und Exekutive zeichnet sich durch eine Verinnerlichung des "Sachzwang"-Denkens aus und ist damit ebenfalls veränderungsbremmend. Es liegt in der Natur ihrer Perspektive, daß sie vor allem Besitzstände wahren will. Ihre ausgeprägte innere Rangordnung, vorprogrammierte Karrieren und die Elfenbeinturmisolierung der Wissenschaft tun ihr übriges.

## Internationales System und Politik in der BRD

Die Ergebnisse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen spiegeln sich nicht nur in der Struktur der sozio-ökonomischen Systeme nationaler

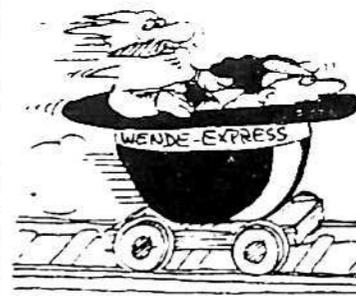
Staaten, sondern auch in den Strukturen und Beziehungen eines sich in "drei Welten" aufteilenden internationalen Systems. Beherrschendes Zentrum des internationalen Systems sind die Staaten der ersten Welt, die kapitalistischen Staaten Nordamerikas, Westeuropas und Japan. Ihre herrschenden Eliten beherrschen den Weltmarkt, ihre politischen und wirtschaftlichen Vertreter beherrschen die Politik wesentlicher weltweit bedeutenden Organisationen wie Weltbank und internationaler Währungsfond. Seit der Kolonialzeit ist die Macht, Weltpolitik nicht nur zu beeinflussen, sondern wesentlich zu bestimmen, in der heutigen ersten Welt verblieben, wobei mit dem Aufstieg der Industriemacht USA technologischen Revolutionen folgend die Gewichte sich von Europa über den Atlantik hin verschoben haben. Die technischen Entwicklungen des Computerzeitalters kann die Hierarchie innerhalb der ersten Welt erneut verändern, ohne jedoch, daß an der dominierenden Stellung der kapitalistischen Industrieländer, deren herrschende Exponenten nationale Grenzen längst als feudales Relikt hinter sich gelassen haben, grundsätzlich etwas geändert wird.

Seit der Oktoberrevolution gibt es mit der Sowjetunion und nach dem zweiten Weltkrieg mit den anderen Staaten des "real existierenden Sozialismus" eine mittlerweile ebenfalls hochindustrialisierte "zweite Welt". Die sozialistischen Staaten stellen den ständigen Versuch dar, aus dem kapitalistischen Weltsystem auszubrechen, um eine den Kapitalverwertungsbedürfnissen nicht unterworfenen Entwicklung ihrer Länder zu ermöglichen. Dieser Versuch ist zwar nie vollständig gelungen - die sozialistischen Staaten bleiben von Weltmarktpreis ebenso abhängig wie auch kapitalistische Krisen in den sozialistischen Wirtschaftsbereich durchschlagen - er war und ist aber doch insoweit erfolgreich, als Menschen und Natur in den sozialistischen Ländern der unmittelbaren Verfügungsgewalt des internationalen Kapitals entzogen sind. Die kapitalistischen Staaten haben durch direkte militärische Aktion, militärische Bedrohung und ökonomischen Druck immer wieder versucht, diesen qualitativen

Schritt rückgängig zu machen. Für die sozialistischen Staaten, insbesondere die darunter die politische und ökonomische Führungsrolle einnehmende Sowjetunion bedeutete dies die ständige Notwendigkeit eigener militärischer Stärke – angesichts der relativen ökonomischen Schwäche lag und liegt darin eine ständige Gefährdung des eigenen Systems, das sich in permanenten Legitimationsschwierigkeiten gegenüber der eigenen Bevölkerung befindet. Daß es historisch gelungen ist, sozialistische Staaten nicht nur zu errichten, sondern sie auch zu einem Faktor zu machen, der nur um den Preis der Vernichtung des gesamten Erdballs ausgelöscht werden kann, ist – trotz aller umstrittenen Mängel, die diese Staaten aufweisen – Beweis der Überwindbarkeit des Kapitalismus. Ihre Existenz und die Möglichkeit, aus ihren Fehlern zu lernen, ist deshalb von ungeheurer Bedeutung für die demokratische Opposition der kapitalistischen Länder und für die gesamte "dritte Welt".

Die dritte Welt bildet sich aus allen denjenigen Staaten, die kapitalistischer Logik folgend eigentlich nicht dazu bestimmt waren, eine eigene Stimme zu haben, sondern Rohstofflieferant und Absatzmarkt für Güter der industriellen Welt sein sollten. Auch nach Ende der meisten Kolonialregimes und der staatlichen Souveränität der meisten Länder der Dritten Welt werden sie mit Hilfe der ökonomischen Instrumente des internationalen Kapitals und an westlichen Standards orientierten Eliten in fortwährender Abhängigkeit zu den Staaten der ersten Welt gehalten. Die ökonomische, politische und militärische Anlehnung dieser Staaten an die der "Zweiten Welt" ist keine erfolgsversprechende Lösung für die sich entwickelnden Länder; zu den strukturell bedingten fortbestehenden ökonomischen Schwierigkeiten bringt die Anlehnung an den sozialistischen Block die Aussetzung der militärischen Bedrohung oder Aggression durch die Staaten der Ersten Welt mit sich.

Eine konsequente Entwicklung der Staaten der Dritten Welt kann nur durch eine Abkoppelung von den Abhängigkeiten der kapitalistischen Weltökonomie und eine politische Blockfreiheit gewähr-



leistet werden. Gelingen kann dies nur, wenn die Beherrschten der herrschenden ersten Welt ihre Interessengleichheit mit den beherrschten Staaten in der Dritten Welt erkennen; wenn erkannt wird, daß Befreiungsbewegungen und souverän handelnde Staaten der Dritten Welt für die Befreiung aus den gleichen Abhängigkeiten kämpfen wie diejenigen, die sich bei uns als Friedensbewegung dem Wett- und Totrüstern entgegenstellen.

Auch die Entscheidungen über internationale Politik, die in der BRD gefällt wird, sind schließlich weniger von demokratischer Meinungsbildung als von international bestehenden Frontstellungen abhängig. In den fünfziger Jahren wurde die Westintegration der Bundesrepublik im Einklang mit den Interessen der Westalliierten vollzogen. Ebenso wurde später mit der Ostpolitik nachvollzogen, was in den USA schon von der Kennedy-Regierung angegangen worden war. Im gleichen Rahmen bewegte sich 1983 die Zustimmung des Bundestages, gegen die Mehrheit in der Bevölkerung in der BRD neue atomare US-Mittelstreckenraketen mit der Möglichkeit eines atomaren Erstschlages stationieren zu lassen.

Auch in Zukunft wird sich das Diktat der Militärausgabenwüchse durch die NATO als bestimmend für bundesdeutsche Politik beweisen. Als aktiver und potenter Teil der kapitalistischen Ersten Welt ist die Bundesrepublik vertreten durch die Bundesregierung, allerdings nicht als Befehlsempfänger der NATO-Zentrale, sondern an deren Entscheidungen durchaus mitbeteiligt.

Das Parlament dagegen, dessen Zusammensetzung immerhin alle vier Jahre demokratisch beeinflußt wird, hat darauf kaum Einwirkungsmöglichkeiten, genauso wenig, wie bei den ökonomisch bedeutenden Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft.

So steht die Bundesrepublik in der internationalen Szene zwar fest in den Abhängigkeiten der kapitalistischen Weltstruktur, sie spielt darin aber eine eigenständige, aktiv imperialistische Rolle vor allem gegenüber der Dritten Welt.

## Die Wende zur CDU/CSU/FDP-Bundesregierung

Nach 13 Jahren sozialliberaler Koalition versprach die neue Bundesregierung mit der "geistig-moralischen Wende" überall dort, wo dies überhaupt nötig war, politische Vorurteile, Sichtweisen und Werte so zu "wenden", daß sie sich in Einklang mit den Erfordernissen einer offen an den Kapitalverwertungsbedürfnissen orientierten Politik bringen ließen. Dabei wird nach einem einfachen Schema vorgegangen:

Bei der sozialen Umverteilung werden jeweils "nur" Minderheiten geschöpft, ebenso bei der "Erteilung" demokratischer Rechte, Demonstranten, Arbeitslose, Rentner, Ausländer, Frauen (so weit sie sich nicht ohnehin zuallererst in der ihnen zugeordneten Mutterrolle sehen). Es sind also jeweils Gruppen, die einzeln kaum Chancen haben, sich politisch durchzusetzen und nur zusammen die Mehrheit der Bevölkerung sind, auf deren Kosten sich eine herrschende Minderheit bedient.

Begleitet wird diese Politik von einem ideologischen Nebel, der sich nicht dadurch auflöst, daß Satiriker und Intellektuelle ihn durchblicken. Denn daß "die Familie wieder zusammenstehen" soll, von Großeltern bis Enkel, daß Nachbarn sich wieder gegenseitig durchbringen sollen, spricht Träume von menschlicher Nähe und Zusammenleben an, die unter anderen Begriffen wie etwa "WG, Beziehung, Genossen", auch von Linken ausgiebig getraut werden. Und gerade in wirtschaftlich "schweren Zeiten" glauben viele Menschen in dieser Richtung an Lösungsmöglichkeiten, vor denen die deutsche Geschichte warnen sollte.

Die "Wende" die ihren politischen Ausdruck im Regierungswechsel 1982 fand, ist



nicht, wie vielfach mißdeutet, ein "Zurück in die 50er Jahre". Vielmehr marschiert die Rechte durchaus in eine moderne Zukunft, die von einer gewaltigen technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt wird, über deren Aussehen allein die gesellschaftliche Auseinandersetzung zu führen ist. Die moderne Herrschaftstechnologie, mit deren Hilfe in den 50er Jahren kein Mitglied der damals illegalen KPD dem Gefängnis entgangen wäre, ist auch Technologie, die zum Nutzen der Menschheit angewendet werden könnte. Einer Politik dagegen, die sich, anstatt sich auf die politische Auseinandersetzung um das "Wie" ihrer Nutzung einzulassen, um die Verhinderung nicht mehr aufzuhaltender Technologien, um die Aufrechterhaltung einer nicht mehr zeitgemäßen Produktionsstruktur kümmert, fehlt es an der notwendigen politischen Reife.

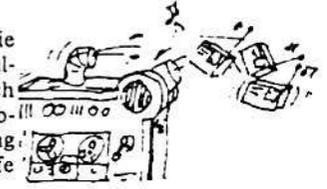
Dem Vorwärtsschreiten im technologischen Bereich entsprechen in der Bildungspolitik die Streichung von Sozialmaßnahmen und die Einführung von Elitekonzepten. Für arbeitsplatzsparende Technologien wird nur eine klein, besonders ausgebildete und damit auch teure Elite benötigt. Weil hier nicht gespart werden kann, muß der "Rest" billiger werden. Damit hier nicht zu großer Widerstand ent-

steht, muß vor allem im Bereich der "Luxus"-Ausbildung stärker eingeschränkt werden, etwa bei Sozialberufen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.

Im Widerstand gegen die Politik der Wende hat vor allem die außerparlamentarisch entstandene und parteiunabhängige Friedensbewegung schnell viel politische Reife gewonnen:

- Das Demonstrationsrecht gewann an Stellenwert.
- Ausländerhaß und Asylpolitik stießen auf Widerstand.
- Die "Dritte-Welt"-Politik wurde zum einbezogenen Teil der Friedensbewegung.
- Die Solidarität mit den Lohnabhängigen wird verstärkt, der Zusammenhang zwischen Rüstung und Arbeitsplatzvernichtung wurde bewußter.

Zu einer erfolgreichen linken Strategie gehört aber über die beschriebenen, jedoch ausschließlich reagierenden Ansätze hinaus, bei denen die Linke in der Gefahr steht, sich von den Rechtskräften auf Nebenfelder locken zu lassen, die Bestimmung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Die Gewalt, mit der der Rechtskurs nach den milden sozialliberalen Jahren durchgesetzt wurde und wird, hat zunächst eher zur Verunsicherung und Verwirrung der gesamten demokratischen Opposition beigetragen.



# Strategie

## Ausgangsbedingungen

Die Strategie der Jungdemokraten muß ansetzen bei den gesellschaftlichen Realitäten, wie sie oben beschrieben worden sind. Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen können die Anpassung von Strategie verlangen.

Die Jungdemokraten haben sich in ihrem Leverkusener Manifest von 1971 für eine Strategie "systemüberwindender Reformen" ausgesprochen. Ein solcher Ansatz bleibt richtig, da die Rahmenbedingungen, nämlich die Systemmerkmale des spätkapitalistischen Systems, sich nicht nur grundlegend geändert haben. Nach wie vor, für die Betroffenen allerdings

eher ersichtlich, als zu einer Zeit, da die noch junge sozialliberale Koalition Reform euphorien weckte, daß das System Bundesrepublik Demokratie, die mehr ist als eine formale, Freiheit, die nicht die Freiheit des jeweils ökonomisch Stärkeren ist, und Frieden, der mehr ist als die bloße Abwesenheit von Krieg, nicht zuläßt, ohne selber grundlegend reformiert zu werden. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der BRD läßt weiterhin die Aussage richtig bleiben, daß jede Regierung, die deren Grundlagen, nämlich den Bezugsrahmen des kapitalistischen Systems, anerkennt, gezwungen ist, eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu verfolgen. Die Verwirklichung der Ziele der Jungdemokraten wird erst

nach einer Überwindung der kapitalistischen Ordnung möglich sein.

Für Jungdemokraten kann dies keine Entschuldigung sein, jetzt abzuwarten, daß sich Bedingungen ergeben, die die Verwirklichung unserer Zielvorstellungen realistisch werden lassen. Wir warten nicht untätig auf den großen Umbruch: der Weg zur Verwirklichung radikaldemokratischer Ziele kann nur der über langfristig systemüberwindende Reformen sein. Als systemüberwindend ist dabei jede Reform zu verstehen, die geeignet ist, demokratische Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und die systembedingten Schranken menschlicher Emanzipation zu verrücken.

Jungdemokraten sind sich dabei über den ambivalenten

Charakter von Reformen im Kapitalismus im klaren. Da aber eine revolutionäre Situation in der BRD wie in anderen westlichen Industriegesellschaften weder besteht noch wünschenswert erscheint, bleibt als einziger realistischer Weg zur Erweiterung der Freiheitsrechte aller Mitglieder der Gesellschaft und zur Weiterentwicklung des Emanzipationsprozesses in allen gesellschaftlichen Bereichen der Weg stetiger, den Herrschenden abgerungenen Reformen, bei deren Durchsetzungsprozess und in deren Ergebnis Ansatzpunkte weiteren demokratischen Forderungen und Handelns gesetzt werden.

Spätestens seit Beginn der achtziger Jahre, vollendet durch die Machtübernahme der fortschrittsfeindlichsten Elemente, die der bundesdeutsche Parlamentarismus aufzubieten hat, stehen die gesellschaftlichen Zeichen nicht auf Erweiterung, sondern auf Abbau der demokratischen Rechte. Umso notwendiger wird die Aktivität derjenigen Kräfte, deren Bestreben sich nicht an Systemnotwendigkeiten, sondern an den Zielvorstellungen einer radikaldemokratischen Gesellschaft orientiert, selbst wenn in der täglichen politischen Arbeit nicht die Erweiterung, sondern allenfalls die Sicherung erworbener Rechte realistisch erscheint. Die Jungdemokraten als Teil einer demokratischen Oppositionsbewegung haben ihren Platz darin zu definieren und ihren spezifischen Aufgaben den politischen Bedingungen angemessen zu genügen.

## Konsequenz einer Strategie: Von der FDP-Jugend zum nicht-abhängigen Jugendverband

Die Trennung der Jungdemokraten von der F.D.P. im Herbst 1982 hat zwar viele Beobachter jugendpolitischer Bewegungen verwundert, weil es eben das erste Mal in der Geschichte der BRD war, daß ein politischer Jugendverband sich von seiner "Mutterpartei" trennte, es war aber nichts weiter als die konsequente Umsetzung einer Strategie, deren Festschreibung bereits mit dem Leverkusener

Manifest von 1971 erfolgt war. Der in den 50er Jahren parteifromme, sich in den 60er Jahren - beeinflusst durch die APO - emanzipierende F.D.P.-Jugendverband beschrieb 1971 sein Verhältnis zur F.D.P. als taktisch:

Die Partei wurde als Instrument betrachtet, das es zu nutzen gelte, um gesellschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Die F.D.P. müsse dazu zu einer "wirksamen, progressiven

politischen Kraft", zu einer linksliberalen, radikaldemokratischen Partei werden. Statt prinzipieller Solidarität und Unterstützung, die das Verhältnis der Jungdemokraten zur F.D.P. in den fünfziger und sechziger Jahren und das Verhältnis anderer Jugendorganisationen zu ihren Mutterparteien bis heute kennzeichnet, formulierten die Jungdemokraten damals, daß sie sich nicht auf bedingungslose Unterstützung der F.D.P. festlegen ließen, und daß sie ihre Zusammenarbeit mit der F.D.P. "von der personellen Zusammensetzung der jeweiligen Parteiorgane, von Koalitionsabsichten und den Inhalten von Wahl- und Aktionsprogrammen" abhängig machen. Nach Satzung waren die Jungdemokraten nicht mehr Jugendverband der F.D.P., sondern "ein politisch und organisatorisch selbständiger liberaler Jugendverband", dessen "Grundlage für die Arbeit in parlamentarischen Institutionen" die F.D.P. war. Trotz einer bereits weitgreifenden Parlamentarismuskritik wurde die Mitarbeit in den Parlamenten der Bundesrepublik nicht nur für nötig, sondern im Sinne einer Strategie systemüberwindender Reformen auch über die F.D.P. für möglich gehalten. Die Entwicklung, die die F.D.P. von der nationalliberalen Mende-Partei zum Koalitionspartner der SPD gemacht hatte, programmatische Einflüsse, die Jungdemokraten an der linksliberalen Teil der F.D.P. durchsetzen konnten, ließen die Erwartungen der Jungdemokraten zu Anfang der 70er Jahre nicht so unrealistisch erscheinen, wie dies mehr als ein Jahrzehnt später im Rückblick erscheint.

Mit der zunehmenden Rückentwicklung der F.D.P. in der zweiten Hälfte der sozialliberalen Ära wandelte sich auch das Verhältnis der Jungdemokraten zu der Partei, der sie nahestanden, weiter. Bei den Bundestagswahlen 1980 gab sich die F.D.P. angesichts der Kandidatur von Franz-Josef Strauß zum Bundeskanzler noch einmal nach außen hin fortschrittlich-liberal. Daß zwischen Programm und zu erwartender Praxis der F.D.P. eine gewaltige Kluft sich auf-tun würde, war Kennern der Partei bewußt. Die Jungdemokraten definierten deshalb vor den Wahlen von 1980 ihr Verhältnis zur F.D.P. nicht

mehr anhand inhaltlicher Aussagen, sondern nur noch anhand strategischer Überlegungen, die in den Vordergrund stellten, daß eine sozialliberale Koalition gegenüber einer Regierung der CDU/CSU immer noch ein Mehr an demokratischen Handlungsmöglichkeiten offenließe. Über den Charakter der Partei, deren Unterstützung ihnen notwendig erschien, um die Machtübernahme der offenen Reaktion zu verhindern, waren sie sich allerdings im klaren und formulierten deshalb, "daß die F.D.P. eindeutig eine Agentur der Kräfte darstellt, denen wir in dieser Gesellschaft die Macht abnehmen wollen." Spätestens mit diesem Beschluß machten die Jungdemokraten deutlich, was mit der Trennung von der F.D.P. nach dem Koalitionswechsel 1982 ausschlaggebend wurde: Daß für die Jungdemokraten Parteien den Charakter eines politischen Instruments haben, das aufzugeben ist, sobald es seine Funktion nicht mehr erfüllt.

Mit dem Koalitionswechsel von 1982 verloren die Jungdemokraten ihre Funktion innerhalb der F.D.P.. Für Linksliberale ließ sich eine sinnvolle Rolle in einer Partei, die sich mehr oder weniger erfolgreich bemühte, rechts der Unionsparteien einen neuen Wählerstamm zu finden, nicht mehr definieren - es sei denn aus der Sicht der Parteiführung als Alibi.

Für die Jungdemokraten entfiel damit die Aufgabe, für den linksliberalen Teil in der F.D.P. Motor zu sein und Strategien für eine Minderheitsrolle zu entwickeln. Die von Jungdemokraten und dem alten linksliberalen F.D.P.-Teil vertretenen Politiken mußten sich eine Aktionsbasis außerhalb der F.D.P. suchen.

Die von Jungdemokraten und alten linksliberalen FDP-Teilen vertretenen Politiken mußten sich eine Aktionsbasis außerhalb der FDP. suchen...



## Radikaldemokratische Aktionsfelder

Als ein Verband, der das Interesse am Erfolg breiter demokratischer Bündnisse im Zweifelsfall dem an der Profilierung des eigenen Verbands vorangestellt, sind Jungdemokraten natürlicher Teil außerparlamentarischer Bewegungen, deren Ziele mit den unseren übereinstimmen. In der Ökologie- und in der Friedensbewegung sind Jungdemokraten natürlicher Teil außerparlamentarischer Bewegungen, deren Ziele mit den unseren übereinstimmen. In der Ökologie- und in der Friedensbewegung sind Jungdemokraten natürlicher Teil außerparlamentarischer Bewegungen, deren Ziele mit den unseren übereinstimmen. In der Ökologie- und in der Friedensbewegung sind Jungdemokraten natürlicher Teil außerparlamentarischer Bewegungen, deren Ziele mit den unseren übereinstimmen.

Über die Mitarbeit in Bündnissen hinaus gibt es Aktionsfelder und Politikbereiche, die schwerpunktmäßig von Jungdemokraten zu bearbeiten sind. Die Bereiche, in denen Jungdemokraten ihre radikaldemokratischen Akzente zu setzen haben, bestimmen sich durch die soziale Struktur, die Bedürfnisse, thematischen Interessen und Fähigkeiten der Mitgliedschaft und Zielgruppe der Jungdemokraten.

Die Jungdemokraten sind ein in liberaler Tradition stehender, bürgerlicher Verband. Als Vertreter eines fortschrittlichen, radikaldemokratischen Bürgertums, das sich entschieden hat, daß seine eigenen Überleben nur zu sichern und die Durchsetzung seiner Forderung nach Demokratisierung aller Lebensbereiche nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen, nicht aber im Bündnis mit den alten Mächten und dem Kapital zu erreichen ist, haben die Jungdemokraten die Aufgabe (übernommen), den rechten Flügel der demokratischen, antikapitalistischen Kräfte zu bilden. Sie haben sich deshalb ständig mit jenen schwankenden Mittelschichten auseinanderzusetzen - aus denen sie zum größten Teil selber stammen - deren Entscheidung für die Kräfte des Fortschritts

oder der Reaktion jedem einzelnen von ihnen abgerungen werden muß, eine Entscheidung, die, wie sie in die eine oder andere Richtung ständig mehrheitlich getroffen wird, historisch ausgesprochen bedeutsam ist.

Zur Strategie der Jungdemokraten gehört es deshalb, daß keine gesellschaftliche Gruppe, mit Ausnahme des harten Kerns des bundesdeutschen Rechtsblocks, "rechts liegen" gelassen werden darf. Auch und gerade diejenigen Gruppen und Organisationen, die dafür anfällig sind, sich zu Vollzugsgehilfen der Herrschaft der Reaktion zu machen, gehören in diesem Sinne zur Zielgruppe der Jungdemokraten. Statt durch Kontaktsperren und Blockaden ihre Rechts-Integration zu fördern, sind ihnen die Folgen einer allein den Kapitalverwertungsinteressen entsprechenden Politik auch gerade für ihre berufliche und private Situation deutlich zu machen. Anhand konkreter Tagesfragen, weniger anhand großer gesellschaftlicher "Entwürfe" sind die strukturellen Grenzen zwischen den legitimen Interessen und Bedürfnissen gesellschaftlicher Gruppen und ihrer Verwirklichung zu verdeutlichen, die Bereitschaft zur Kritik an und zur Veränderung dieser Schranken zu fördern.

Im Gegensatz zu Arbeiterjugendverbänden oder solchen, deren Bestreben es ist, in erster Linie lohnabhängige Jugendliche zur Durchsetzung ihrer Interessen zu organisieren, bestehen die Jungdemokraten vorwiegend aus Schülern, Studenten, Auszubildenden und Arbeitnehmern im Handels- und Dienstleistungsbereich, Akademikern, kurzum jungen Menschen in Berufen oder in der Vorbereitung auf Berufe, deren Ausübung nicht in dem Maße entfremdet ist, wie die Masse der Tätigkeiten im unmittelbar tauschwertorientierten Produktionsbereich.

Die thematischen Schwerpunkte eines so auch seiner Struktur nach liberalen Verbandes liegen somit auch weniger im Produktions- als im Bereich des gesellschaftlichen Überbaus. Jungdemokraten



werden sich vorzugsweise zu kümmern haben um

– die Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte. Es gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Liberalen und Radikaldemokraten, sich in jeder historischen Phase, und gerade in solchen gesellschaftlichen Rückschritten, um die Sicherung und Erweiterung der Freiheitsrechte jedes einzelnen und der Gesellschaft zu kümmern. Die Überwachung staatlichen Handelns, der Schutz der Rechte von Minderheiten, die Auseinandersetzung mit und Aufklärung über die Gefahren technologischer Entwicklung und ihrer Nutzung sind unverzichtbares Aktionsfeld jungdemokratischen Handelns.

– die Arbeit mit und für die Interessen gesellschaftlicher Minderheiten und solcher Gruppen, die wie Minderheiten behandelt werden. Die Zusammenarbeit mit und das Eintreten für die Rechte von Ausländern, sexuellen Minderheiten, Kriegsdienstverweigerern, Strafgefangenen, Kindern und Behinderten sind vorrangige Aufgaben der Jungdemokraten. Die Förderung des Emanzipationsprozesses der Geschlechter, der Kampf für gleiche Rechte und Chancen der Frauen ist für einen Verband, der gesamtgesellschaftliche Emanzipation als wesentliches (...lichstes?) Ziel seiner politischen Arbeit beschreibt, eine Selbstverständlichkeit.

– Entideologisierung und Enttabuisierung

Eines der effektivsten Herrschaftsinstrumente der in der BRD Herrschenden ist die ständige ideologische Verschleierung von Strukturen, deren Entschleierung deutlich machen würde, zu wessen Nutzen sie geschaffen sind. Die Zerstörung von Herrschafts-ideologien ist eine permanente Aufgabe, sie ist nicht durch den einmaligen großen, alles decouvrierenden Wurf zu lösen. Durch ihre bildungsbürgerliche Struktur und ihren Charakter als Jugendverband sind Jungdemokraten besonders geeignet und deshalb verpflichtet, in permanenter Aufklärungsarbeit die herrschenden Ideologien zu entlarven und damit die Schritte in Richtung auf ihre Zerstörung zu ermöglichen und einzuleiten. Auch gesellschaftliche Tabus dienen dem Schutz von Privilegien und illegitimer Herrschaft davor, hinterfragt und abgebaut zu werden. Das



Antasten und gezielte Durchbrechen gesellschaftlicher, durch nichts zu rechtfertigender Tabus, wie wir sie etwa in Moralvorstellungen und -vorschriften oder im Begriff des Eigentums der alten Ideologiefabrik Kirche finden, dient dem Abbau von Herrschaft; die Möglichkeit der Ideologiefabriken dagegen, ihre Moral- und Wertvorstellungen gegen Angriffe tabuisiert gesellschaftlich wirksam bleiben zu lassen, beeinflußt nicht etwa nur das "geistige Klima" sondern dient der Unterdrückung von Andersdenkenden und Minderheiten und der Sicherung der Vorherrschaft der alten Mächte im geistigen wie im materiell-politisch-ökonomischen Bereich. Der Angriff auf diese Bastionen der Herrschenden ist vorrangig Sache der liberalen und radikaldemokratischen Kräfte.

– die Weiterentwicklung der Themen der Bewegung und ihrer Bearbeitung. Die demokratische Opposition wird ihre Themen nicht selbstbestimmend wählen können – und sie unterliegt, immer da, wo die Herrschenden sich in der Offensive befinden, der ständigen Gefahr, beim bloßen Reagieren fürs weitere auf die Defensivrolle beschränkt zu werden. Gerade für Jungdemokraten stellt sich die Aufgabe, Themen zu einem Zeitpunkt anzusprechen und zu bearbeiten, an dem sie nicht oder noch nicht zu den "Bewegungs-" Themen gehören, sowie sich mit Randbereichen zu beschäftigen, die einer breiten Diskussion nicht zugänglich sind. Jungdemokraten können sich, da sie nicht den Anspruch erheben, Massennorganisation zu werden, eine solche Vor- und Nebenreiterrolle zu spielen leisten.

Die Arbeit der Jungdemokraten in den uns spezifischen wie den allgemeinen demokratischen Aktionsfeldern wird dabei bewirken – die Politisierung von Jugendlichen. Gegen die herrschaftssichernde Desinformation und Entpolitisierung gerade bei Jugendlichen zu wirken, ist klassische Aufgabe eines bürgerlichen Jugendverbandes. Sei es die Aufklärung über historische Zusammenhänge, die Beleuchtung der Hintergründe ökonomischer, sozialer und politischer Veränderungen; für Jungdemokraten ist es unabdingbar, zur kritischen Bewußtseinsbildung ihrer Mitjugendlichen

und auch ihrer eigenen Mitgliederschaft beizutragen, um die Erkenntnis der eigenen Situation, der Zwänge und Lebenszusammenhänge, die politische Aktivität vorausgeht, zu ermöglichen.

– die Mobilisierung zur Unterstützung des Kampfes für Frieden, eine gesunde Umwelt und soziale Gerechtigkeit

– die Hilfestellung zur Selbstorganisation. Jungdemokraten machen es zu ihrem Anliegen, Einzelpersonen und Gruppen, die versuchen, Wirkungsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Entscheidungen zu erwerben, zu nutzen oder auszubauen, in ihrer Arbeit sowie Minderheiten- und benachteiligte Gruppen bei der Organisation ihrer Interessen zu unterstützen. Eine Arbeit, die die langfristige Selbstorganisation Betroffener und Beteiligter ermöglicht, eine Arbeit also, die gesellschaftliches Demokratiepotential erhöht, zählen Jungdemokraten auch dann zu ihren wichtigsten Aufgaben, wenn ein kurzfristiges, verbandsegoistisches Interesse dabei nicht zu erkennen ist.

## Außerparlamentarische Bündnisse

Die Geschichte, nicht nur der BRD, zeigt auf, daß alle Impulse zur Veränderung der Gesellschaft im wesentlichen eine breite Massenbewegung brauchten, die dann entweder über eine Vertretung im Parlament oder aber auch gegen das Parlament eine Veränderung und ihre Forderungen durchsetzte.

Eine Forderung nach Überwindung des kapitalistischen Systems und der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln entspringt nicht der Ideenwelt einiger engagierter Abgeordneter, sondern den Situationen und Arbeitsbedingungen in kapitalistischen Betrieben, die gekennzeichnet sind durch den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung.

Daraus folgt, daß parlamentarische Opposition nur Instrument einer außerparlamentarischen Massenbewegung sein kann, will sie authentische demokratische Opposition sein.

Es bedarf also im wesentlichen außerparlamentarischer Bündnisse, die den Widerstand an der Basis des Volkes organisieren und zusammenführen.

Andererseits bedarf es auch des zweiten Schrittes, der organisieren muß, daß dieser Widerstand seinen Ausdruck auch in den Institutionen, Parteien und Parlamenten findet.

Eine Massenbasis für gesellschaftlichen Widerstand, für demokratische Opposition zu organisieren heißt, dort zu arbeiten, wo sich die gesellschaftliche Wirklichkeit eben dieses Volkes abspielt. Heißt: In den Betrieben, in den Schulen und Universitäten, in der Familie und im Freizeitbereich muß der Widerstand organisiert werden, muß Bewußtseinsarbeit geleistet werden und in konkretes Handeln umgewandelt werden.

Nun sind die Menschen, die die verschiedenen Organisationen der Linken ansprechen, so verschieden wie diese Organisationen selbst. Können z. B. SDAJ und Jusos eher lohnabhängige Jugendliche ansprechen und im Bereich der Produktion organisieren, so ist für die Jungdemokraten mehr der Bereich des gesellschaftlichen Überbaus wichtig. Dort hat die Mitgliedschaft und der potentielle Ansprecherkreis der Jungdemokraten ihre Interessen und Arbeitsschwerpunkte.

Die Differenzierung innerhalb der demokratischen Bewegung läßt sich sicherlich weiter nachvollziehen, so daß schon heute f a k t i s c h eine Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Organisationen und Initiativen gibt. Diese Arbeitsteilung verläuft aber weniger bewußt denn unbewußt, sie wird also auch nicht koordiniert. Unsere Gegner unterliegen sich sehr wohl ihrer arbeitsteiligen Vorgehen im klaren, und die Rechte koordiniert ihre Arbeit gut. Es gilt im wesentlichen, einen Bewußtwerdungsprozeß innerhalb der Linken über dieses arbeitsteilige Verhalten in Gang zu setzen, mit dem Ziel, diese Arbeitsteilung als positives Element unserer Arbeit zu begreifen und unsere Arbeit zu koordinieren, statt gegeneinander Scheingefechte auszutragen.



## Jungdemokraten als Bündnispartner

Eine solche Konzeption außerparlamentarischer Oppositionsarbeit setzt eine intensive und konstruktive Bündnisarbeit voraus.

Im Bereich der Bündnisarbeit aber haben die Jungdemokraten in den letzten Jahren viele Erfahrungen gesammelt. Wir haben uns überall dort eingebracht, wo Widerstand organisiert wurde. Unbündnissen vor allem die, enttabuisierend und entkriminalisierend zu wirken. Diese Funktion verband natürlich ein gut Teil auch an Koordinationsarbeit im inhaltlichen Bereich der Bündnisarbeit.

Diese Funktion müssen die Jungdemokraten als nun parteiunabhängiger Jugendverband verstärkt wahrnehmen. Die Jungdemokraten müssen in den wichtigsten Bündnissen vertreten sein. Dort müssen Jungdemokraten eine Scharnierfunktion übernehmen, die zwischen den auseinanderdriftenden Polen des Bündnisses vermittelt und die Einheit der Bewegung sichert.

Die Jungdemokraten bieten sich jeder demokratischen Bewegung als Bündnispartner an, können jedoch nur beschränkt und auf verschiedene Art und Weise in den verschiedenen Bündnissen tätig sein. So muß es klar sein, daß wir im Kampf um die 35-Stunden-Woche an der Seite des DGB und der Einzelgewerkschaften stehen. Falsch wäre es aber sicherlich, hier das Hauptbetätigungsfeld für einen bürgerlichen Jugendverband zu suchen.

Die Hauptarbeitsfelder, also auch die Haupteinsatzfelder innerhalb der demokratischen Bewegung, definieren sich für die Jungdemokraten aus ihrer Mitgliederstruktur und der Struktur der Ansprechpartner bzw. der Zielgruppe der Jungdemokraten.

Einheitlichkeit der Bewegung heißt für Jungdemokraten aber nicht das Ausgrenzen von notwendigen Diskussionen. Einheitlichkeit der Bewegung heißt für die Jungdemokraten vielmehr, daß die internen Kritikpunkte offenkundig dargestellt werden müssen, daß Diskussionsprozesse innerhalb der Bewegung gefördert und nicht unterdrückt werden, heißt für Jungdemokraten aber auch, daß wir an diesen Diskussionen kein In-

teresse als Selbstzweck haben und daher inhaltliche Kriterien stellen und nicht außer acht lassen dürfen:

– Sie müssen nach vorne gerichtet sein, d. h. sie müssen als Resultat die Stärkung und nicht die Schwächung der Bewegung haben.

– Sie müssen im Bestreben geführt werden, die Handlungsfähigkeit des Bündnisses zu erhöhen und nicht einzelne oder Gruppen aus dem Bündnis auszugrenzen.

– Das Bündnis grenzt seinerseits niemanden aus. Ausgrenzen kann man sich nur selbst aus dem Bündnis.

Eine politische Arbeit in dieser Republik, die auf Veränderung hinarbeitet und die erst die Voraussetzungen erarbeitet und herstellen muß, in der es möglich sein wird, eine tatsächliche Chance für eine grundsätzliche Gesellschaftsveränderung, eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und Ordnung zu sehen, wird zwangsläufig im wesentlichen die Arbeit an der Basis des Volkes sein.

## Strategie der beiden Wege als Aufgabe eines nicht-abhängigen Jugendverbandes

Ausgehend von ihrer Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge halten die Jungdemokraten auf dem Weg zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele eine Strategie der zwei Wege für richtig.

Von einer Strategie der zwei Wege zu sprechen, heißt, daß es vermieden werden muß, die Arbeit in institutionellen und im außerinstitutionellen Bereich der Gesellschaft als sich gegenseitig ausschließend gegeneinanderzustellen. Kein gesellschaftlicher Bereich, keine Institution, die sich im Sinn der Verwirklichung unserer Ziele als funktionsfähig erweisen kann, darf bei unserer politischen Arbeit außer acht gelassen werden. Schließlich geht es uns in unserer politischen Arbeit darum, Bedingungen zu schaffen oder in eine Richtung zu ver-

# 10 Thesen zu Grundsatzpositionen der Jungdemokraten

Die NRW-Jungdemokraten haben die nachfolgenden 10 Thesen als Beitrag zur Strategiediskussion auf ihrer diesjährigen LDK verabschiedet und werden sie zur BDK einbringen.

**Präambel:**

Die "10 Thesen zu Grundsatzpositionen der Jungdemokraten" stellen eine aktuelle Standortbestimmung insbesondere in Bereichen dar, die im Leverkusener Manifest unzureichend erörtert werden. Sie können keine umfassende (strittig!) Grundsatzbestimmung des Verbandes leisten und stellen keinen Ersatz eines Grundsatzprogramms dar. Neben der aktuellen Standortbestimmung sollen sie den Einstieg in eine breitere Diskussion über das Grundsatzprogramm erleichtern. Mit dieser Zielrichtung werden die Thesen vom Landesverband NRW auf der Bundesdelegiertenkonferenz 1985 zur Beschlussfassung eingebracht.

**Radikaldemokratie These:**

Ziel radikaldemokratischer Politik ist die Sicherung und Erweiterung der Freiheit der größtmöglichen Zahl der Mitglieder einer Gesellschaft. Jungdemokraten fordern die radikale Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Sie widersprechen der herrschenden Ideologie, die uns die Ordnung der Gesellschaft als freiheitlich-demokratisch zu verkaufen sucht. Solange die entscheidenden gesellschaftlichen Bereiche der demokratischen Kontrolle und der Selbstbestimmung der Betroffenen entzogen sind (wie z.B. die Wirtschaft) und autoritär organisiert sind (wie z.B. Schule oder Polizei), machen Jungdemokraten den undemokratischen Charakter der Gesellschaft deutlich. Formen der repräsentativen Demokratie halten die Jungdemokraten für eine wichtige Errungenschaft, die allerdings unzureichend ist. Sie fordern Formen der direkten Demokratie (z.B. Volksentscheid).

**Erläuterung:**

Die Demokratisierung der Gesellschaft muß einerseits die Ausweitung demokratischer Prinzipien auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche zum Ziel haben. Dies kann kurzfristig in einigen

reichen (z.B. Jugendzentrum) gelingen. In anderen Bereichen wie der Wirtschaft setzt es grundlegende Veränderungen voraus. Deshalb nimmt gerade die Wahrnehmung demokratischer Beteiligungsrechte (SV, Verfaßte Studentenschaft, Betriebsverfassungsgesetz) und das ständige Infragestellen der vielfältigen undemokratischen Strukturen einen zentralen Stellenwert in der ideologischen Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft ein.

Andererseits muß deutlich gemacht werden, daß es der offiziellen "freiheitlich-demokratischen" Ideologie entschieden widerspricht, wenn Formen der direkten Demokratie im staatlichen Bereich (mit Ausnahme einiger Länderverfassungen) verweigert werden.

Eine Demokratisierung der Gesellschaft setzt nicht nur eine Veränderung von Strukturen, sondern in gleicher Weise eine Veränderung des Bewußtseins voraus.

Eine Gesellschaft kann dann als demokratisch bezeichnet werden, wenn Macht und Herrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen, in denen sie sich nicht vermeiden lassen, entweder durch die jeweils Betroffenen oder durch die gesamte Gesellschaft legitimiert wird, und jederzeit

wieder denen entzogen werden kann, die sie ausüben.

Nur alle vier Jahre einen Parteienvertreter in ein Parlament zu wählen, heißt, ein ohnehin nicht sehr entscheidungsrelevantes Gremium (s. These Parlamentarismuskritik) zu legitimieren, ohne tatsächlich Einfluß auf Entscheidungen zu nehmen.

Dort, wo bereits in unserer Gesellschaft versucht wird, demokratische Umgangsformen einzuüben, wird deutlich, wie schwer es ist, sich der herrschenden, auf Konkurrenz und individueller Isolation basierender Sozialisation zu entziehen und demokratisches und solidarisches Verhalten zu praktizieren. Die Einführung von strukturellen Änderungen, z.B. in der jungdemokratischen Organisation einiger Landesverbände (Abschaffung des Vorsitzendenamts, Einführung des imperativen Mandats) hat nicht

ten) kann eine Herausforderung für die herrschenden Strukturen sein, wenn die Beteiligten solche Projekte nicht nur zur Selbstverwirklichung, sondern als Modell begreifen.

**Emanzipation/Selbstbestimmung**

**These:**

Jungdemokraten setzen sich ein für Emanzipation und Selbstbestimmung. Sie wenden sich damit gegen die Repression von Menschen, die nicht nur offen mit Gewalt durchgesetzt, sondern häufig durch den Betroffenen nicht bewußte Manipulation erreicht wird. Emanzipation heißt daher auch Aufklärung und Befreiung von Normen und Werten, die zur besseren Beherrschung von Menschen vermittelt werden. Ziel von Emanzipation ist es, eigene Bedürfnisse und Interessen zu erkennen und durchzusetzen.

**Erläuterung:**

Individuelle und gesellschaftliche Emanzipation bedingen einander wechselseitig. Während der Zustand gesellschaftlicher Emanzipation eine der Rahmenbedingungen dafür darstellt, wie Individuen in der Lage sind, ihre Situation zu erkennen und Abhängigkeiten zu überwinden, kann nur die Masse der Individuen selbst Triebkraft und Träger des emanzipatorischen Fortschritts sein.

Der Emanzipationsbegriff der Jungdemokraten umfaßt allgemein die Befreiung von repressiven Normen und beschränkt sich nicht nur auf die Befreiung der Frauen aus ihrer gesellschaftlichen Unterdrückung.

Die Aufklärung über das erlernte Rollenverhalten von Männern und Frauen und über die Funktion der Familienideologie als einem wesentlichen Bestandteil autoritärer Gesellschaftspolitik gehört dabei zum zentralen Ansatzpunkt einer auf Selbstbestimmung gerichteten Politik.

Emanzipationsprozesse müssen also da beginnen, wo



ändern, die Reformpolitik möglich machen. Wer aber Bedingungen und letztlich Leistungen verändern will, hat seine politische Arbeit in angemessener Weise auf jeden erreichbaren Einflußfaktor materieller Politik zu richten.

Politische Veränderungen werden nicht nur nicht allein im politisch-administrativen System, also in Parteien, Parlamenten und Institutionen bewerkstelligt, sie unterliegen auch dem ständigen Einfluß des sozio-kulturellen Systems, den Anforderungen einer Basis, auf deren Loyalität das politische System angewiesen ist. Für Jungdemokraten ist es klar, daß politische Arbeit sich nicht auf die Orte häufig nur formaler Politik beschränken darf, sondern jede Möglichkeit nutzen muß, den Druck auf die formalen Entscheidungsträger, qualitativ andere Leistungen zu erbringen, zu erhöhen.

Insofern arbeiten Jungdemokraten im außerinstitutionellen Bereich und legen einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Schaffung eines politischen Bewußtseins, auf das Verdeutlichen von Widersprüchen und die Anregung und Unterstützung von Widersprüchen gegen gesellschaftlich herrschende Verhältnisse. Die Arbeit der Jungdemokraten in den oben beschriebenen Aktionsfeldern ist dabei auch eigenständiger Teil breiter, außerinstitutioneller sozialer Bewegungen.

Soziale Bewegungen entstehen und verändern sich entsprechend den institutionell nicht oder nicht ausreichend vertretenen gesellschaftlichen Interessen und Bedürfnissen. Soziale Bewegungen können dabei im Verlaufe ihrer Aktivität selber institutionalisiert werden und dabei einen Teil ihrer Stoßkraft umwandeln, wie das Beispiel der Gewerkschaften zeigt, die vom außerinstitutionellen Druckerzeuger zur fortschrittlichsten oder bestehenden Institution sich gewandelt haben. Soziale Bewegungen des Produktionsbereichs, wie die Gewerkschaften sie darstellten und wie sie sich bei Abbau des gewerkschaftlich erkämpften, institutionalisierten Systems sozialer Sicherung erneut bilden können, wie auch des Reproduktionsbereichs, so etwa die Ökologie- und Friedensbewegung und ihrer Nachfolger, bedürfen der Mitarbeit organisierter Gruppen. Radikaldemokratische Aktionsfelder

zeichnen dabei auch innerhalb sozialer Bewegungen den notwendigen Platz von Jungdemokraten aus, die, im Gegensatz zu anderen Gruppen innerhalb sozialer Bewegungen, sich nicht scheuen, über die außerinstitutionelle Arbeit hinaus, die notwendige Verbindung außer- und innerinstitutioneller politischer Arbeit auch durch das eigene Wirken zu verdeutlichen.

Die Institutionen im kapitalistisch verfaßten Staat, Parteien, Parlamente, Mitwirkungsorgane, Gewerkschaften, Medien, Staatsorgane und andere haben eine Doppelcharakter, d. h., sie lassen sich instrumentell sowohl von den Herrschenden als auch von den Beherrschten der Gesellschaft nutzen, sie sind potentiell demokratisch. Wie die anderen Institutionen können Parteien – und ihrer Geschichte und Sozialisation nach werden Jungdemokraten diese als primäres Wirkungsfeld im institutionellen Bereich betrachten – sowohl Herrschaftsinstrument als auch Instrument der Veränderung sein. Sie werden, statt darin "Partei" zu sein, vielmehr zum Objekt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Die Geschichte der Jungdemokraten lehrt uns, daß der Anspruch, diese Auseinandersetzung durch die Konzentration auf die Arbeit in einer Partei zu gewinnen, kaum erfolgreich einlösbar ist. Auch setzt die Wirkung auf Parteien nicht die Mitgliedschaft oder Wahlkampfunterstützung voraus, beides können Wege sein, die dem Ziel förderlich sind. Die Frage nach der kurzfristigen Unterstützung, nach der Mitgliedschaft oder nach dem mittel- oder langfristigen Anschluß an eine Partei kann sich für Jungdemokraten nur stellen, wenn eine der Maßnahmen verspricht, das Instrument der politischen Parteien in ihrer Gesamtheit durch die Konzentration auf eines ihrer Teile wirksamer handhaben zu können als die Möglichkeiten der Einwirkung auf verschiedene Träger politischer Willensbildung.

Die Arbeit der Jungdemokraten kann durch Aktivitäten innerhalb von Parteien unterstützt werden. Parteien und Parlamente, die Forderungen aus dem Feld der Basisarbeit aufnehmen, machen ihre Durchsetzung leichter, auch innerparteiliche pressure-groups, die die Thematisierung und Enttabuisierung politischer Forderungen vorantreiben. Mit Gruppen und Parteien, die in dieser Weise für unsere Themen zugänglich sind, suchen Jungdemokraten die Zusammenarbeit. Sie scheuen sich nicht, aus Zusammenarbeit eine Zusammenarbeit zu parlamentarischem Handeln werden zu lassen, wenn dies die parlamentarische Durchsetzung oder Thematisierung ihrer Forderungen fördert. Sowenig es dabei eine die Handlungsmöglichkeiten einschränkende Festlegung auf die Zusammenarbeit mit einer Partei geben kann, so wenig ist es für Jungdemokraten wichtig, welche Fr-

nierung oder Gruppierung parlamentarisch Tätiger im Einzelfall als Ergebnis konkreter Zusammenarbeit sich mehr oder weniger erfolgreich porfiliiert.

Als nicht parteiegebundener und dennoch für Institutionenarbeit offener politischer Jugendverband dürfen die Jungdemokraten andere Institutionen nicht außer acht lassen. Die Mitarbeit in Mitwirkungsorganen, wie sie sich einerseits für Schüler, Studenten und Arbeitnehmer durch deren Vertretungen bieten, und wie wir sie andererseits auf kommunaler Ebene durch demokratische Lücken, die lokale Institutionen in weitaus größerem Maße bieten als regionale oder gesamtstaatliche, hat für Jungdemokraten einen hohen Stellenwert. Gerade weil wir den eben nur potentiell demokratischen Doppelcharakter auch solcher Einrichtungen erkennen und deutlich machen, gilt es, möglichst viel von ihren Handlungsmöglichkeiten und ihrer Autorität in den Dienst der demokratischen Bewegung zu setzen.

Für Jungdemokraten gilt, daß die außerinstitutionelle Bearbeitung der radikaldemokratischen Aktionsfelder und die Mitarbeit in und die Unterstützung der demokratischen sozialen Bewegungen die Basis ihrer politischen Arbeit ist. Dennoch gilt es, die politischen (und gesellschaftlichen) Institutionen mit ihrem potentiell demokratischen Doppelcharakter nicht einseitig dem Einfluß der Herrschenden zu überlassen. Kann auch das langfristige Ziel der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und Institutionen auf absehbare Zeit für nicht erreichbar erklärt oder als unerreichbar erkannt werden, so bleibt dennoch innerhalb wie außerhalb der Institutionen die Möglichkeit, Widerstand gegen die verschärfte Unterordnung allen gesellschaftlichen Lebens unter die kapitalistischen Verwertungsbedingungen zu leisten und damit Meilensteine zu einer radikaldemokratischen Umgestaltung der Gesellschaft zu legen.

die Widersprüche der herrschenden Ideologie (wie bei der Gleichberechtigung von Männern und Frauen) für die Betroffenen besonders unmittelbar erfahrbar sind. Dabei muß deutlich werden, daß viele Normen (z.B. im Bereich der Sexualität) einzig und allein das Ziel haben, Menschen besser beherrschbar zu machen, weil sie z.B. ein schlechtes Gewissen, ein Schuldgefühl, haben, gegen bestimmte Normen zu verstoßen.

Die Aufklärung muß dabei insbesondere die Funktion der verschiedenen Sozialisationsinstanzen (z.B. Schule, Familie, Kirche) offenlegen und die Interessen aufdecken, die hinter der Vermittlung bestimmter Normen bzw. einer Ideologie stehen.

Die Kirche als eine der am perfektsten arbeitenden Vermittlungsinstanzen repressiver Normen darf dabei nicht (wie es leider viele fortschrittliche Gruppen machen) von der Kritik ausgenommen werden.

Die Aufklärung über die gesellschaftlichen Manipulationsprozesse bedeutet noch nicht die Fähigkeit, sich dem entziehen und selbstbestimmt sein Leben gestalten zu können. Das gemeinsame Einüben alternativer Handlungs- und Lebensformen stößt auf den erbitterten Widerstand der herrschenden Institutionen und auf die Grenze, sich nicht seiner eigenen Sozialisation entziehen zu können. Das Erkennen, daß dies kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem ist, stellt einen wichtigen Schritt in Richtung Selbstbestimmung dar. Daß das Überwinden dieser Probleme gemeinsam, d.h. möglichst organisiert erfolgen muß, bedeutet bereits einen entscheidenden Schritt zur Veränderung der Gesellschaft.

#### Antikapitalismus/individuelle Freiheit

These:

Jungdemokraten verstehen sich als antikapitalistisch, d.h. sie sehen in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine notwendige (wenn auch nicht hinreichende) Voraussetzung für den Abbau der Herrschaft, weil demokratisch nicht legitimierte Verfügungsgewalt über Produktionsmittel wirtschaftliche Macht und damit Herrschaft über Menschen begründet. Jungdemokraten treten deshalb für die Vergesell-

schaffung der Produktionsmittel ein.

Jungdemokraten verstehen Freiheit nicht nur ideell – als formale, gesetzlich zugestandene Möglichkeit, zwischen verschiedenen vorgegebenen Alternativen zu wählen – sondern materiell, was zum einen die Gestaltung der Alternativen selbst zum anderen die materiellen Möglichkeiten zur tatsächlichen Nutzung der formalen Freiheiten einschließt. Freiheit ist die Möglichkeit zur gleichen und solidarischen Bedürfnisbefriedigung.

Erläuterung:

Die Gesellschaftsform der BRD ist gekennzeichnet durch den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, d.h. der gesellschaftliche Reichtum wird von der Masse der Bevölkerung erwirtschaftet, der Gewinn fließt jedoch einer winzigen Minderheit zu, nämlich den Eigentümern der Produktionsmittel. Damit sind für die Mehrheit der Bevölkerung die Grenzen der – materiellen – Freiheit gesetzt, woran sich trotz Sozial- und Tarifpolitik im Grundsatz nichts geändert hat.

Eigentum an Produktionsmitteln erzeugt nicht nur wirtschaftliche und finanzielle Macht, sondern auch politische Macht und ist damit eine Gefahr für die Demokratie. Derzeit kann sich keine Regierung konsequent gegen die Herrschaft des Kapitals wenden, weil sie sich ohne deren Unterstützung nicht halten kann. Solange jedoch eine Regierung den Bezugsrahmen des kapitalistischen Systems anerkennt, so lange ist sie gezwungen, eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu machen.

Für die Frage, "was und wie produziert wird", ist im Kapitalismus nicht die Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung entscheidend, sondern die Profitmaximierung. Daraus ergibt sich, daß die vorhandenen Ressourcen so eingesetzt werden, daß in möglichst kurzer Zeit ein möglichst hoher Gewinn erwirtschaftet wird. Die Vernachlässigung langfristiger gesellschaftlicher Interessen in der BRD ist also keine zufällige Erscheinung, sondern systembedingt. Dieser Mechanismus bedingt Entwicklungen, die die Lebensgrundlage der gesamten

Menschheit bedrohen (Aufrüstung, Umweltzerstörung).

Aus all diesen Gründen fordern Jungdemokraten die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Dabei sind gesamtgesellschaftliche Planung und Kontrolle sowie Selbstverwaltung und Mitbestimmung sich notwendig gegenseitig ergänzende Momente der Vergesellschaftung.



#### Frieden und internationale Solidarität

These:

Für Jungdemokraten ist Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg, nämlich ein Zustand, in dem das Verhältnis zwischen Staaten bzw. Völkern frei ist von ökonomischen und militärischen Zwangs- und Bedrohungsverhältnissen. Deshalb ist Friedensengagement notwendig damit verbunden, die Emanzipation der Völker sich entwickelnder Länder zu fördern und eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung zu etablieren.

Jungdemokraten verstehen sich als antimilitaristisch, weil schon durch das Vorhandensein von Waffen Gewalt ausgeübt wird. Aktive Friedenspolitik unter den gegebenen Verhältnissen beinhaltet zwei notwendige Komponenten: Entspannungspolitik und Schritte konkreter Abrüstung. Jungdemokraten lehnen das Konzept einer "blockübergreifenden" Friedensbewegung ab, weil für konstruktive Friedensarbeit nicht eine abstrakte Anti-Staatlichkeit, sondern das Eintreten für konkrete Abrüstung Kriterium ist. Jungdemokraten kritisieren das herrschende Gleichgewichtsdanken und treten für einseitige Abrüstungsschritte ein.

Erläuterung:

Jungdemokraten verstehen unter Frieden mehr als es der in der öffentlichen Diskussion gebrauchte eingeschränkte Friedensbegriff erlaubt. Frieden kann keine Friedhofsruhe sein, weder zwischen Staaten noch innergesellschaftlich. Frieden beinhaltet die gewaltfreie Konfliktlösung international wie national, wobei bereits die Androhung von Gewalt und ökonomische oder politische Abhängigkeitsverhältnisse als Formen struktureller Gewalt abzulehnen sind.

Aktive Friedenspolitik heißt für Jungdemokraten konsequente Solidarität mit den Völkern sich entwickelnder Länder und ihrem Kampf um ökonomische und politische Unabhängigkeit. Jungdemokraten tun dies unabhängig von den Formen der Emanzipationsbestrebungen, die von den Völkern aufgrund der jeweils gegebenen Verhältnisse gewählt werden.

Jungdemokraten lehnen das Gleichgewichtsdanken ab, weil es durch das wechselseitige Aufdecken von "Sicherheitslücken" in militärischen Teilbereichen zu einem Motor der Aufrüstung geworden ist. Unter den Bedingungen der atomaren Bedrohung ist "Gleichgewicht" zu einer irrealen Kategorie geworden und muß ersetzt werden durch Konzepte gleicher Sicherheit. Jungdemokraten treten deshalb für einseitige Abrüstungsschritte ein, um den Weg freizumachen zu einem wechselseitigen Abrüstungsprozess.

Notwendiger Bestandteil von Friedensarbeit ist weiterhin Entspannungspolitik. Die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition ist nicht aus sich heraus gescheitert, sondern weil es nicht gelungen ist, sie mit konkreten Abrüstungsschritten zu verbinden.

Die unterschiedlichen Ausgangs- und Arbeitsbedingungen der Friedensinitiativen und -bewegungen in den verschiedenen Ländern müssen anerkannt werden. Jungdemokraten treten deshalb gegen das Konzept einer "blockübergreifenden Friedensbewegung" ein, weil mit diesem Konzept auch immer die Einmischung in die gesellschaftlichen Verhältnisse von Ländern des jeweils anderen Militärblocks verbunden ist. Ziel von Jungdemokraten ist

die Auflösung der Militärblocke, nicht ihre gegenseitige Destabilisierung.

#### Ökologie

These:

Jungdemokraten streben eine Gesellschaft an, deren Politik an ökologischen Prinzipien orientiert ist.

Diese Politik erfordert einen grundsätzlichen Wandel im gesellschaftlichen Wertesystem und Konsumverhalten.

Kapitalistische Produktion gerät aufgrund der ihr zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten notwendig in Konflikt mit ökologischen Erfordernissen. Deshalb ist die Überwindung kapitalistischer Vermarktung notwendige Voraussetzung ökologisch orientierter Politik.

Die ökologische Krise ist immer mehr zu einer Überlebensfrage geworden. Jungdemokraten lehnen allerdings das Ausspielen von "Existenzfragen" gegen andere nicht minder wichtige Fragen, wie z.B. soziale Konflikte, ab.

Erläuterung:

Umwelt und Lebensgrundlagen des Menschen werden wesentlich von ökologischen Zusammenhängen geprägt. Insbesondere durch die hochindustrialisierten Gesellschaften sind die Grenzen ökologischer Verträglichkeit längst überschritten worden. Ökologische Krisen drohen sich angesichts der schwerwiegenden Auswirkungen auch scheinbar geringfügiger Eingriffe zu einer ökologischen Katastrophe zu verdichten. Die Menschheit ist im Augenblick dabei, ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Die Probleme, die sich durch die hemmungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ergeben, sind bereits heute weder überschaubar noch kontrollierbar.

Jungdemokraten bleiben nicht auf der Ebene von "Existenzfragen" stehen, sondern stellen im Sinne aufklärerischer Politik die Ursachen dar.

Die inneren Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Produktion kollidieren notwendigerweise mit ökologischen Anforderungen, da nach marktwirtschaftlicher Logik Güter, die – scheinbar – unbegrenzt verfügbar, wertlos sind. Sie werden erst dann in wirtschaftliche Rechnungen einbezogen, wenn sie knapp geworden sind. Für das ökologische Gleichgewicht ist es dann oft schon zu spät. Der Zwang kapitalistischer Produktion zu unqualifiziertem Wachstum hat da

dazu geführt, daß ein Großteil kapitalistischer Produktion auf der Zerstörung natürlicher Ressourcen beruht. Die Überwindung kapitalistischer Produktionsweise ist daher notwendige Voraussetzung ökologischer Politik. Sie muß allerdings einhergehen mit einem grundlegenden Wertewandel, der auch ein kritisches Hinterfragen von Bedürfnissen beinhaltet. Bedürfnisse sind nicht unveränderbar, sondern von dem jeweiligen Stand gesellschaftlicher Entwicklung geprägt. Ohne diesen Wandel in Bedürfnis- und Wertestruktur sowie in dem daraus resultierenden Konsumverhalten wäre auch gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsplanung zum Scheitern verurteilt.

Konservative und "geläuterte" Sektierer haben in der Ökologie ein Mittel entdeckt, soziale Konflikte und Klassenausschreitungen zu verschleiern und als Probleme zweiten Rangs abzuqualifizieren. Jungdemokraten lehnen dies ab. So ist z.B. die Zerstörung der Gesundheit des Menschen schon seit Entstehen des Kapitalismus ein Klassenproblem gewesen und nur weil heute die Herrschenden zunehmend von den Ergebnissen ihrer Politik selbst bedroht werden, ist dies nicht etwa falsch geworden.

Jungdemokraten bleiben nicht auf der Ebene von "Existenzfragen" stehen, sondern stellen im Sinne aufklärerischer Politik die Ursachen dar.



#### Technologie

These:

Radikaldemokratische Politik strebt technologischen Fortschritt und dessen Einsatz zugunsten bestmöglicher gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung an. So bedeutet z.B. Produktivitätssteigerung durch technische Entwicklungen die Möglichkeit der Arbeitszeitanpassung an den Bedarf gesellschaftlicher Arbeit; die Entwicklung ökologisch verträglicher Technologien die Möglichkeit der Bewältigung ökologischer Krisen. Unbeherrschbare oder nur von wenigen Menschen kontrollierbare Technologien widersprechen emanzipatorischer Politik und schaffen neue Abhängigkeiten. Sie sind deshalb abzulehnen.

Erläuterung:

Gesellschaftliche Entwicklungen stehen in einem direkten, wenn auch nicht zeitgleichen Zusammenhang mit der Entwicklung der Produktivkräfte.

Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft lehrt uns, daß der zum Scheitern verurteilt ist, der sich der Entwicklung von Technologie prinzipiell entgegenstellt. Die Arbeiterbewegung hat in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu den sich entwickelnden Produktivkräften jeweils angemessene Forderungen formuliert (8-Stunden-Tag, soziale Sicherung, Mitbestimmung, Arbeitsschutz usw.). Demokratische Opposition gegenüber den je-

weils gesellschaftlich Herrschenden hat sich den historischen – und damit auch: technologischen – Gegebenheiten anzupassen, wenn sie nicht von Anfang an zum Scheitern verurteilt sein will.

Angesichts dessen steht die Linke in der Bundesrepublik vor der Gefahr, sich auf ein konservativ-antimodernistisches Romantisieren zu beschränken. Mit technologischen Entwicklungen rational umzugehen, heißt jedoch, sie sowohl zu begreifen als auch eine dem Stand der Produktivkräfte entsprechende Form gesellschaftlicher Organisation anzustreben.

Aufgabe von Jungdemokraten wie der gesamten Linken ist, sich auf die Bedingungen der Informationsgesellschaft einzustellen und Möglichkeiten eines emanzipationsfördernden Einsatzes neuer Technologien zu entwickeln und durchzusetzen. Dies muß allerdings verbunden sein mit der eindeutigen Ablehnung von Technologien, die nicht kontrollierbar sind oder deren Einsatz notwendig gesellschaftliche Machtverhältnisse begründet.

#### Parlamentarismuskritik

These:

Die Jungdemokraten sehen – im Gegensatz zur herrschenden Ideologie – keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien demokratische Veränderungen in unserer Gesellschaft zu bewirken. Parlamente sind nach Ansicht der Jungdemokraten zwar demokratische Errungenschaften, deren Rechte es auszubauen und zu verteidigen gilt, doch bleibt ihr Einfluß sehr eingegrenzt, solange in einer Gesellschaft die entscheidenden Grundfragen, wie z.B. was, wo, und unter welchen Bedingungen produziert wird, undemokratisch entschieden werden. Parlamente und die Auseinandersetzung zwischen Parteien dienen weitgehend der Verschleierung der eigentlichen gesellschaftlichen Machtverhältnisse und der Schaffung eines Legitimationsrahmens.

Erläuterung:

Grundsatzfragen dieser Gesellschaft, wie z.B. die Verteilung des Produktivvermögens und die Planung der Produktion, liegen weitgehend außerhalb des derzeit von den Parlamenten wahrgenommenen

Entscheidungsspielraums.

Entscheidende Fragen, wie z.B. die Höhe des Verteidigungshaushalts, werden im Parlament nicht grundsätzlich diskutiert, sondern als "Sachzwang" absegnet. Anhand relativ nebensächlicher Fragen wird dann zwischen den großen Fraktionen eine "scharfe" geführt und der Eindruck einer demokratischen Entscheidungsfindung suggeriert.

Wirtschaftsinteressen bestimmen weitgehend die Handlungen von Regierung und Parlament. Dieser Einfluß beruht darauf, daß Regierung und Parlament von ihren Wählern für die wirtschaftliche Situation als verantwortlich angesehen werden. Eine Einstellung von Investitionen oder eine Verlagerung von Investitionen ins Ausland durch die Wirtschaft hat z.B. für die Beschäftigungssituation bzw. allgemein für den Wohlstand einer Gesellschaft in aller Regel negative Folgen. Gekoppelt mit der ideologischen Offensive "ein günstiges Investitionsklima zu schaffen", kann damit jede Regierung gezwungen werden, den Kapitalinteressen nachzugeben.

Im Zusammenhang mit der sog. Flick-Affäre ist darüber hinaus deutlich geworden, wie die Großindustrie durch Schmiergelder und Parteien-subventionierung direkt auf Entscheidungen Einfluß nimmt.

Andererseits sind Parlamente und Parteien potentiell demokratisch und können damit eine ständige Bedrohung der Herrschenden darstellen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die Existenz von fortschrittlichen "Richtungsparteien" in Parlamenten, die sich nicht wie CDU/CSU und SPD als sogenannte "Volksparteien" verstehen. Die SPD hat ihren Anspruch, eine Richtungspartei zu sein, mit dem Godesberger Programm aufgegeben. Sie versucht nicht mehr, sozialistische Positionen aufklärerisch zu vertreten, um hierfür eine Mehrheit zu gewinnen. Stattdessen passt sie sich der veröffentlichten Mehrheitsmeinung an, um an die Regierungsmacht zu kommen. Bereits 1950 wurde gegen die im Bundestag vertretene anti-kapitalistische Richtungspartei KPD ein Verbotstrag seitens der Bundesregierung gestellt.

In der Endphase der sozial-

liberalen Koalition vertreten alle im Bundestag vertretenen Fraktionen so einheilig Positionen, die von einem beachtlichen Teil der Bevölkerung abgelehnt wurden, (Atomkraftwerke, NATO-Beschluß, Sozialabbau etc.), daß eine Legitimationskrise der Ideologie der "repräsentativen Demokratie" entstand. Der parlamentarische Erfolg der Grünen hat dazu beigetragen, daß diese "Parteiverdrossenheit" aufzufangen, die sich abwendende Bevölkerung dem Parlamentarismus wieder nähergebracht wurde und damit das Gesellschaftssystem (von den Grünen sicherlich nicht gewollt) stabilisiert wurde. Falls die Grünen zu einer antikapitalistischen Kraft werden, sich als Richtungspartei begreifen, die mit kritischen Positionen um Rückhalt in der Bevölkerung kämpft, könnten ihre Abgeordneten in der Lage sein, durch die Publikationsfunktion der Diskussion im Parlament zumindest die größten Widersprüche, Konflikte und Skandale aufzudecken.

#### Zwei-Wege-Strategie / partei-unabhängiger Jugendverband

These:

Jungdemokraten treten für eine Strategie der systemüberwindenden Reformen ein, die geeignet sind, demokratische Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und systembedingte Schranken menschlicher Emanzipation zu verrücken. Aus ihrer Geschichte haben Jungdemokraten gelernt, daß innerhalb der Parlamente und staatlichen Organisationen nur auf der Grundlage außerparlamentarischer Aktivitäten und Bewegungen etwas erreicht werden kann. Jungdemokraten treten deshalb für den Vorrang außerparlamentarischer Arbeit vor der Arbeit in Parteien und Parlamenten ein. Die Geschichte, nicht nur in der BRD, zeigt, auf, daß alle Impulse zur Veränderung der Gesellschaft im wesentlichen eine breite Massenbewegung gebraucht haben, die dann entweder über eine Vertretung im Parlament oder aber auch gegen das Parlament eine Veränderung und ihre Forderungen durchsetzte. Parlamentarische Opposition kann nur im Zusammenhang mit außerparlamentarischer demokratischer Massenbewe-

gung wirksam sein. Die Zwei-Wege-Strategie der Jungdemokraten besagt, daß die Basisarbeit (erster Weg) und Arbeit im institutionellen Bereich (zweiter Weg) einander bedingen und zueinandergehören. Keiner dieser beiden Wege hat einen Vorrang vor dem andern, keiner der beiden Wege kann ohne Verbindung zu dem jeweils anderen gegangen werden. Die Zwei-Wege-Strategie bedeutet, zu parteien wie zu anderen Institutionen ein instrumentelles Verhältnis zu haben.

Eläuterung:

Die Institutionen im kapitalistisch verfaßten Staat, das sind Parlamente, Mitwirkungsorgane, Gewerkschaften, Medien, Staatsorgane, Parteien, und andere haben einen Doppelcharakter. Das heißt, sie lassen sich als Instrument sowohl von den Herrschenden als auch von den Beherrschten der Gesellschaft nutzen, sie sind potentiell demokratisch. Wie die anderen Institutionen können Parteien sowohl Herrschaftsinstrument als auch Instrument der Veränderung sein. Parteien sind nicht "Partei" "in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, vielmehr finden diese Auseinandersetzungen innerhalb dieser Parteien wie auch anderen Institutionen statt. Die Geschichte der Jungdemokraten lehrt uns, daß der Anspruch, diese Auseinandersetzung durch die Konzentration auf die Arbeit in einer Partei zu gewinnen kaum erfolgreich einlösbar ist. Auch setzt die Wirkung auf Parteien nicht die Mitgliedschaft oder Wahlkampfunterstützung voraus; beides können Wege sein, die dem Ziel förderlich sind.

Die Frage nach der kurzfristigen Unterstützung, nach der Mitgliedschaft oder nach dem mittel- oder langfristigen Anschluß an eine Partei kann sich für Jungdemokraten nur stellen, wenn eine der Maßnahmen verspricht, das Instru-

JUNDEMOKRATEN ERHEBEN NICHT DEN ANSPRUCH MASSENORGANISATION ZU WERDEN!



ment der politischen Parteien in ihrer Gesamtheit durch die Konzentration auf eines ihrer Teile wirksamer handhaben zu können als die Möglichkeiten der Einwirkung auf verschiedene Träger politischer Willensbildung.

#### Interessenvertretung/Minderheiten/Enttabuisierung

These: Jungdemokraten machen es zu ihrem Anliegen, Einzelpersonen und Gruppen, die versuchen, Mitwirkungsmöglichkeiten an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu erwerben, zu nutzen oder auszubauen, in ihrer Arbeit sowie soziale Minderheiten und benachteiligte Gruppen bei der Organisation ihrer Interessen zu unterstützen. Dabei stellt sich gerade für Jungdemokraten die Aufgabe, Themen zu einem Zeitpunkt anzusprechen und zu bearbeiten, zu dem sie (noch) nicht zu den "Bewegungs-" Themen gehören, sowie sich mit Randbereichen zu beschäftigen, die einer breiten Diskussion nicht zugänglich sind.

Erläuterung:

Eines der effektivsten Herrschaftsinstrumente ist die ständige ideologische Verschleierung von Strukturen, deren Entschleierung deutlich machen würde, zu wessen Nutzen sie geschaffen sind. Durch ihre bildungsbürgerliche Struktur und ihren Charakter als Jugendverband sind Jungdemokraten besonders geeignet und deshalb verpflichtet, in permanenter Aufklärungsarbeit die herrschenden Ideologien zu entlarven und damit Schritte in Richtung auf ihre Zerstörung zu ermöglichen.

Das Antasten und gezielte Durchbrechen gesellschaftlicher, durch nichts zu rechtfertigender Tabus, wie wir sie etwa in Moralvorstellungen und -vorschriften der alten Ideologie-Fabrik Kirche oder im Begriff des Eigentums finden, dient dem Abbau von Herrschaft.

bleiben moral- oder Wertvorstellungen hingegen tabuisiert, beeinflußt dies nicht das "geistige Klima", sondern dient auch der Unterdrückung von Andersdenkenden und Minderheiten. Ein wesentliches Arbeitsfeld von Jungdemokraten ist daher die Arbeit mit und für die Interessen gesellschaftlicher Minderheiten und solcher Gruppen, die wie Minderheiten behandelt werden.

Es ist eine klassische Aufgabe eines fortschrittlichen Jugendverbandes, gegen die herrschaftssichernde Desinformation und "Entpolitisierung" von Jugendlichen zu wirken. Für Jungdemokraten ist es unabdingbar, zur kritischen Bewußtseinsbildung ihrer Mitjüngendlichen und auch ihrer eigenen Mitgliederschaft beizutragen. Eine solche Arbeit ermöglicht die Erkenntnis der eigenen Situation, der Zwänge und Lebenszusammenhänge. Besonderen Stellenwert hat dabei eine Arbeit, die gemeinsam mit anderen versucht, Mitwirkungsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Entscheidungen zu erwerben, zu nutzen oder auszubauen. Eine Arbeit, die die Selbstorganisation Betroffener und Beteiligter ermöglicht, dient der Erhöhung des gesellschaftlichen Demokratiepotentials und ist die praktische Konsequenz unserer Forderung nach Emanzipation von Herrschaftsstrukturen. Jungdemokraten haben gelernt, daß politische Effektivität nur erreicht wird, wenn Betroffene ihre Interessen in die eigene Hand nehmen und nicht auf

#### Bündnisse

These:

Jungdemokraten halten es in unserer Gesellschaft für notwendig, daß fortschrittliche Kräfte punktuell und in längerfristigen Bündnissen zusammenarbeiten, um wirkungsvoll eine außerparlamentarische Opposition zu organisieren. Die Wirksamkeit solcher Bündnisse hängt entscheidend von der Breite ihres politischen Spektrums ab. Solche Bündnisse werden regelmäßig von den Herrschenden (z.B. als kommunistisch gesteuert oder Gewalt befürwortend) diffamiert. Diese Herrschaftstaktik muß immer wieder aufgedeckt und verhindert werden. Ziel der Herrschenden ist es auch immer, Bündnisse zu spalten. Aufgabe von Jungdemokraten ist es, durch konstruktive Bündnisarbeit dem entgegenzuwirken.

Erläuterung: Die Geschichte, nicht nur der BRD, zeigt auf, daß alle Impulse zur Veränderung der Gesellschaft im wesentlichen eine breite Massenbewegung brauchen, die dann entweder über eine Vertretung im Parlament oder aber auch gegen das Parlament eine Veränderung und ihre Forderungen durchsetzte. Es bedarf also außerparlamentarischer Bündnisse, die den Widerstand an der Basis der Bevölkerung organisieren und zusammenführen. Dies umso mehr, als die faktisch schon heute bestehende Arbeitsteilung zwischen den einzelnen

Organisationen und Initiativen mehr unbewußt als bewußt verläuft und also auch nicht koordiniert wird. Unsere Gegner unterdessen sind sich sehr wohl über ihr arbeitsteiliges Vorgehen im Klaren, und die Rechte koordiniert ihre Arbeit gut. Die Linke sollte diese Arbeitsteilung als positives Element begreifen und ihre Arbeit koordinieren, statt gegeneinander Scheingefechte auszutragen. Dementsprechend treten Jungdemokraten in Bündnissen dafür ein, die Gemeinsamkeiten hervorzuheben und statt Unterschiede zu betonen, arbeitsteilig vorzugehen.

Die Diffamierung von Bündnissen und Ausgrenzung bestimmter Positionen hat in dieser Gesellschaft System. Ein wesentliches Instrument ist der herrschende Antikommunismus. Jungdemokraten lassen sich von diesen Versuchen der Spaltung oder Ausgrenzung nicht beeindrucken. Mit dem Krefelder Appell haben Jungdemokraten die Erfahrung gemacht, daß aus einem hochdiffamierten Bündnis sich eine breite Bewegung entwickeln kann. Vielen Sozialdemokraten sind ihre Diffamierungen von damals heute angesichts einer großen attraktiven Friedensbewegung peinlich.

Einheit von Bewegungen heißt für Jungdemokraten aber nicht das Ausgrenzen von notwendigen Diskussionen. Einheitlichkeit der Bewegung heißt vielmehr, interne Kritikpunkte offen darzustellen und Diskussionsprozesse innerhalb von Bewegungen zu fördern und nicht zu unterdrücken. Dabei haben Jungdemokraten kein Interesse an Diskussionen als Selbstzweck.

Sie stellen daher inhaltliche Kriterien:

- Diskussionen müssen nach vorne gerichtet sein, d.h. sie müssen als Resultat die Stärkung und nicht die Schwächung der Bewegung haben.
- Sie müssen im Bestreben geführt werden, die Handlungsfähigkeit des Bündnisses zu erhöhen und nicht Einzelne oder Gruppen aus dem Bündnis auszugrenzen.

Jungdemokraten treten insgesamt für die Beteiligung aller linken Strömungen an Bündnissen ein.

In verschiedenen sozialen Bereichen gibt es institutionalisierte Bündnisse in Interessensvertretungsorganen, wie z.B. die Vereinigten Deutschen Studentenschaften oder die Bundesschülervertretung. Auch für die Mitarbeit in diesen Institutionenbündnissen gelten die obengenannten Anforderungen. Insbesondere treten Jungdemokraten dort zusätzlich gegen eine Verbürokratisierung dieser Bündnisse ein.

B E S C H L U S S

der Bundesdelegiertenkonferenz 1983  
der Deutschen Jungdemokraten  
-----

Thesenpapier zur Aktualität antikapitalistischer Politik  
-----

VORBEMERKUNG

Das vorliegende Thesenpapier und der daran anschließende Begründungstext sind aus der Erkenntnis heraus entstanden, daß der Machtwechsel in Bonn mehr als nur eine politische Fehlentwicklung in der Geschichte der BRD darstellt. Vielmehr ist diese Entwicklung Ausdruck einer sich seit Jahren abzeichnenden Neuformation politischer Machtverhältnisse, die sowohl den parlamentarischen Komplex als auch die außerparlamentarischen Veränderungsprozesse in diesem System umfaßt. Insofern bedeutet die konstituierte Rechtsentwicklung gerade für unseren Verband eine Zäsur und stellt ihn vor die Aufgabe, unter Berücksichtigung aller Entwicklungstendenzen eine wirkungsvolle, politisch umsetzbare Perspektive als radikaldemokratischer Jugendverband zu entwickeln. In diesem Zusammenhang begreifen die Autoren ihre Aussagen als konstruktiven Beitrag zu einer Diskussion über die inhaltlichen Ziele und strategischen Konzepte der DJD, die in Verbindung mit der Abkoppelung von der FDP und der gleichzeitigen Neugründung einer sozialliberalen Partei geführt werden muß. Gleichzeitig verleihen sie ihrer Sorge Ausdruck, daß mit der Neugründung einer sozialliberalen Partei die radikaldemokratische, antikapitalistische und parlamentarismus-kritische Identität der DJD Schaden nimmt. Die Verfasser verstehen ihre Thesen somit auch als Warnung vor einem um sich greifenden Parteigründungsfeber, welches die Antriebsfedern jungdemokratischer Politikansätze in den Hintergrund drängt und unter dem Lichte tagespolitischer Notwendigkeiten wirkungslos macht. Eine neue Partei braucht von den DJD ein klares politisches Angebot, um zu einer konstruktiven Zusammenarbeit fähig zu sein. Umgekehrt gilt dies auch für unseren Verband. In diesem, und in keinem anderen Sinne will dieses Papier verstanden sein.

THESE 1

Die Gesetzmäßigkeiten der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse in der BRD, die zur Etablierung einer liberalkonservativen Regierung als sichtbarstem Ausdruck neokonservativer Krisenbewältigungsstrategien geführt haben, sowie die der vielfältigen Erscheinungen außerparlamentarischer Widerstandsformen sind bereits im Leverkusener Manifest beschrieben worden.

THESE 2

Die derzeitige Wirtschaftskrise der westlichen Industriestaaten stellt sich nicht dar als eine zeitlich begrenzte Rezession, sondern als Strukturkrise spätkapitalistischer Systeme. Sie ist vor allem gekennzeichnet durch wachsende Massenarbeitslosigkeit und eine "spätindustrielle Revolution" im Zuge neuer Technologien, die vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu einer verschärften ökonomischen Ausgrenzung führen wird. Diese ökonomische Ausgrenzung erfaßt auf dem Wege der Arbeitsplatzvernichtung die Bereiche Verwaltung und Produktion, indirekt über die Infragestellung staatlicher Daseinsfürsorge aber auch alle sozial schwachen Gruppen unserer Gesellschaft. Diese Entwicklung geht parallel zu einer Umverteilung gesellschaftlicher Produktion von sozialen zu militärischen Ausgaben.

THESE 3

Die Politik-Konzepte der sozialliberalen Koalition waren in ihren Grundzügen, Kompromißkonzepte, die einen Ausgleich suchten zwischen den ökonomischen Interessen der Kapitalfraktionen und dem Zwang des Staates, die soziale und politische Akzeptanz der Bevölkerung sicherzustellen. Das Scheitern dieser Kompromißpolitik ist aufgrund der Tatsachen vorgegeben, daß die entscheidenden ökonomischen Grundlagen nicht infrage gestellt werden konnten und somit auch keine mittel- und langfristige Krisenbewältigung möglich ist. Das Fehlen diesbezüglicher Perspektiven führte zur Veränderung der etablierten Parteiformationen und, seit dem Regierungswechsel, zu einer vordergründigen politischen Polarisierung.

THESE 4

Die neue liberal-konservative Regierung hat die sozial harmonisierenden Politik-Konzepte der sozial-liberalen Koalition verworfen und an ihre Stelle die Hoffnung auf die Selbstheilungskräfte des Marktes gesetzt. Diese Hoffnung ist gestützt auf eine Politik, die über Investitionsanreize und wachsende Gewinnspannen auf der einen Seite und soziale Demontage, Reallohnabbau und sinkender Massenkaufkraft auf der anderen Seite gekennzeichnet ist.

Im Bereich der Außenpolitik findet die politische Wende ihren Niederschlag in einer engen Anbindung an die US-amerikanische Politik der militärischen Stärke.

THESE 5

Voraussetzung für eine die sozialen, materiellen und ökologischen Lebensgrundlagen gegen rechts-konservative Restaurationsbetreibungen wahrende Reformstrategie ist heute die parlamentarische Ablösung der CDU/CSU-dominierten Mehrheiten durch die Bildung eines linksdemokratischen Reformblockes\*; dazu gehören sowohl die parlamentarischen Kräfte wie die SPD, die Grünen und die Sozial-liberalen, als auch die außerparlamentarischen Bewegungen im Friedens-, Ökologie-, Frauen-, und Gewerkschaftsbereich. Grundlage für diese weiterentwickelte Reformstrategie muß die Erkenntnis sein, daß der Widerstand gegen die Rechtsentwicklung allein erfolgversprechend ist, wenn es gelingt, ein breites außerparlamentarisches Widerstandspotential zu organisieren. Die Erfahrung der vergangenen 13 Jahre haben eindeutig gezeigt, daß Wahlarithmetik nicht ausreichend ist, um fortschrittliche Politik als Grundlage antikapitalistischer Politik im Sinne unseres Verbandes festzuschreiben.

THESE 6

Das Sich-Wiederfinden in der Oppositionsrolle bewirkte bei der Sozialdemokratie ausschließlich kosmetische Veränderungen. Eine grundsätzliche politisch-inhaltliche wie auch strategische Neubestimmung sozialdemokratischer Politik unter dem Lichte gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse hat nicht stattgefunden. Momentan ist eine Rückbesinnung auf ungebrochene Traditionslinien festzustellen; die SPD wird versuchen, traditionelle Politikfelder

mit traditionellen Lösungen, Mitgliedern und Wählern abzudecken. Für die Bildung eines Reformbündnisses bedeutet dies

Sowohl die untere wie die obere Grenze des SPD-Wählerpotentials ist festgeschrieben, d.h.: Zur Ablösung der Rechtskoalition wird die SPD gebraucht, andererseits ist sie nicht stark genug, die Ablösung aus eigener Kraft zu vollbringen.

Unter dem Druck der Wahlarithmetik könnte die SPD zu inhaltlichen Zugeständnissen gebracht werden, denn die inhaltlichen Prüfsteine entspringen nicht einer Absage an politischen Machtinstinkt, sondern aus Abgrenzungsmanövern, die die SPD aus Rücksicht auf bürgerliche Wählerschichten führt.

THESE 7

Die Grünen formulieren den Anspruch, zugleich Partei und Bewegung zu sein. Die Widersprüche, die daraus entstehen, bestimmen wesentlich ihre Funktion innerhalb der derzeitigen Parteienkonstellation und zeigen ihre Probleme im Rahmen eines linksdemokratischen Reformbündnisses auf. In der gegenwärtigen Situation befinden sich die Grünen in einem Übergangsstadium. Ursprünglich sammelten sie Protestwähler und Unzufriedene, aber auch Betroffene von der Zerstörung ihrer Lebenszusammenhänge um sich. Ihr Einzug in Parlament war nur ein manifester Ausdruck der Ablehnung der etablierten Parteien. In dem Maße, in dem sie Wahlerfolge erzielen, wandelt sich der Anspruch der Wähler an ihre Partei. Ihre Politik wird nicht mehr über die Ablehnung und den Protest honoriert, sondern über die parlamentarischen Erfolge und Mißerfolge. Ausgehend von ihrer sozialen Basis, die aus Verweigerern einerseits und von den etablierten Parteien Ausgegrenzten andererseits besteht, befinden sich die Grünen in einem strategischen Dilemma. Die Forcierung der Tolerierungspolitik würde den Ausstieg der Verweigerer bedeuten; die Absage an die SPD würde den Rückzug der vormals ausgegrenzten Linken in die SPD bedeuten. Mit dem Versuch der Grünen, ein für sie mehrheitsfähiges Konzept für eine Tolerierungspolitik, die als Vorstufe eines Reformbündnisses gelten kann, zu entwickeln, verschärft sich für sie der vordergründige Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie. Bezüglich der Entwicklung eines Reformbündnisses ergibt sich für die

Einbeziehung der Grünen folgende Perspektive; Im Zuge der Parteiwerdung der Grünen bei gleichzeitigem Anwachsen der außerparlamentarischen Bewegungen, v.a. im sozialen Bereich, und der Emanzipation dieser Bewegungen von den Grünen, geraten diese unter Zwang, pragmatische Handlungsvorgaben in ihre Konzepte einzufügen, um ihre parlamentarische Wirksamkeit erhalten zu können. Dieses muß als Definition von inhaltlichen Schnittlinien mit anderen Parteigruppierungen aufgegriffen werden und politisch-strategisch umgesetzt werden.

#### THESE 8

Zu den relevantesten, zugleich aber auch am schwersten faßbaren Erscheinungen in den politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre gehören die vielfältigen außerparlamentarischen Bewegungen. Ihre inhaltlichen und strategischen Konzepte decken die ganze Bandbreite linker Theorie- und Praxisansätze ab.

Ihre (noch) nicht integrierten Widerstandspotentiale, deren Stärke primär im Anwachsen sozialer, politischer und ökonomischer Konfliktzonen besteht, unterliegen der Gefahr (1) der Parlamentarisierung und (2) einer zur Wirkungslosigkeit führenden individuellen/kollektiven Verweigerung. Dieser Widerspruch führte zur Ausbreitung eines "autonomistischen Selbstverständnisses" innerhalb der neuen sozialen Bewegungen. Das politische Dilemma der Autonomisten liegt darin, daß sie einerseits auf die Verwirklichung eines "repressionsfreien Gesellschaftsmodells" hin orientieren, das gedanklich (noch) nicht faßbar ist, daß ihnen andererseits ein "Revolutionsmodell" fehlt und ihr strategisches Verhalten aus Leistungsverweigerung und dem Ausleben "neuer, unbefleckter Sensibilität" besteht. So gesehen, ist die Krise der Politikformen auch eine perspektivische Orientierungskrise, die ihren Ausdruck in der Aufsplitterung in viele "Ein-Punkt-Bewegungen" gefunden hat.

Die Bildung eines linksdemokratischen Reformblocks ist also nur unter Einbeziehung der Kräfte der außerparlamentarischen Bewegungen möglich, die der Orientierungslosigkeit der Autonomisten einen im weitestens Sinne der "Zwei-Wege-Strategie" Ansatz entgegensetzen. Dabei ist davon auszugehen, daß der Widerspruch zwischen "Zwei-Wege-Strategie" und "Autonomisten" in allen neuen sozialen Bewegungen auftritt.

Von daher muß die inhaltliche Bestimmung eines linksdemokratischen Reformbündnisses alle außerparlamentarischen Fragestellungen aufgreifen. Gleichzeitig entsteht dadurch die Möglichkeit strategische Anknüpfungspunkte für einen weitergehenden außerparlamentarischen Widerstand zu finden.

#### THESE 9

"Der politische Liberalismus entstand als Emanzipationsbewegung des Besitzbürgertums im Frühkapitalismus gegen den feudalen Staat. Eine sozialistische Bewegung im marxistischen Sinne war zu dieser Zeitpunkt nicht möglich, da dessen Subjekt, das Industrieproletariat, erst im Entstehen war. Lohnabhängige und Bürger hatten objektiv gleichgerichtete Interessen, die im Kampf gegen den feudalen Staat gipfelten. Mit weitgehender Durchsetzung bürgerlicher Forderungen und Aufkommen der emanzipatorischen Bewegung des Proletariats (Sozialismus) wurde der Großteil der liberalen Bewegung zu einer bewahrenden politischen Macht, die ihren Besitzstand gegen noch vorhandene feudale Strukturen und die Restauration des Feudalismus verteidigten, sich andererseits aber auch immer mehr gegen die anwachsende Macht des Proletariats wendete. Dies brachte einen Großteil der liberalen Bewegung (Nationalliberale) schließlich in zunehmenden Maße in die politische Abhängigkeit der Konservativen (...)  
(Leverkusener Manifest, B Analyse, I Historische und Gegenwartsanalyse, S. 2, 1971)

Die unterschiedlichen Strömungsansätze des Liberalismus - sozial/linksliberaler wie national/wirtschaftsliberaler Prägung - bestehen bis in unsere Zeit fort; ihr sichtbarster Ausdruck ist die in einigen westeuropäischen Staaten erfolgte organisatorische Trennung. Die FDP 1948 als gemeinsamer organisatorischer Zusammenschluß (mit ausgesprochen nationalliberaler Ausrichtung) gegründet - hat ihren 1971 in den "Freiburger Thesen" formulierten Anspruch einer sozialliberalen Reformpartei des demokratischen und sozialen Liberalismus verlassen und den Weg einer rechtsliberalen, einseitig an Kapitalinteressen ausgerichteten Politik eingeschlagen. Der sozialliberale Strömungsansatz, dessen soziale Basis im fortschrittlichen Bildungs-

bürgertum besteht, bedarf deshalb auch in der Bundesrepublik einer eigenständigen, organisatorischen Zusammenfassung, wenn er sich dabei als Teil einer sozial parteilichen, gesellschaftspolitischen Reformstrategie zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Bürgerrechte und der Friedenssicherung durch militärische Abrüstung begreift. Dieser Ansatz kann eine Perspektive gewinnen, wenn er überdies den "Fehler einer reinen Wahlparteikonstituierung" vermeidet und sich auch als Bündnispartner innerhalb und gegenüber den sozialen Basisbewegungen entwickelt. Aber selbst dieser günstigstensfalls mögliche Ansatz dürfte die Jungdemokraten als radikaldemokratischer Jugendverband nicht zur Aufgabe unserer Zwei-Wege-Strategie mit dem Primat der außerparlamentarischen Arbeit veranlassen.

#### THESE 10

Jungdemokraten organisieren einen Teil der fortschrittlichen Jugendlichen.

Sie stellen eine eigenständige politische Strömung dar, die sich in der Tradition freiheitlicher Bewegungen des 19. Jh sieht und über die Weiterentwicklung dieser Theorien zu einem materialistischen Freiheitsbegriff eine antikapitalistische Position einnimmt.

Jungdemokraten gehen davon aus, daß parlamentarische Entscheidungsprozesse den strukturellen Bezugsrahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht überschreiten, mithin das institutionalisierte Vertretungssystem auch nicht eigenständiger Trägersystemverändernder (=antikapitalistischer) Veränderungen sein kann.

Aufbauend auf ihre antikapitalistische Orientierung und ihre Parlamentarismuskritik verfolgen Jungdemokraten ein 2-Wege-Strategie. Der erste Weg, die außerparlamentarische Basisarbeit, knüpft an den sozialen, kulturellen und materiellen Interessen der sozialen Basis der Jungdemokraten an und findet ihren praktischen Niederschlag in Arbeitsfeldern wie Schülerarbeit, Studentenpolitik, Frauenarbeit, Friedensarbeit, Ökologie u.a.

Der zweite Weg, die Zusammenarbeit mit parlamentarischen Kräften, soll die Arbeitsmöglichkeiten auf dem ersten Weg absichern bzw. wenn möglich verbreitern.

Diese Gewichtung der beiden Wege baut auf der Erkenntnis auf, daß nur der erste Weg über eine bewußtseinschaffende Politisierung in der Lage ist, die Grundlage für eine Systemüberwindung zu schaffen. Deshalb ist es für die Jungdemokraten unverzichtbar, außerparlamentarische Basisaktivitäten als Arbeitsschwerpunkte des Verbandes zu formulieren und umzusetzen.